

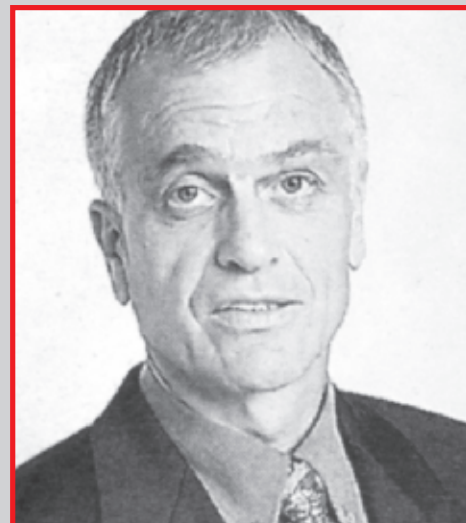
ROTE ANNELIESE

Nr. 190 / November 2005 Fr. 6.50

Alcan-Poker: Öfen in Steg dürfen nicht ausgehen

Seite 11

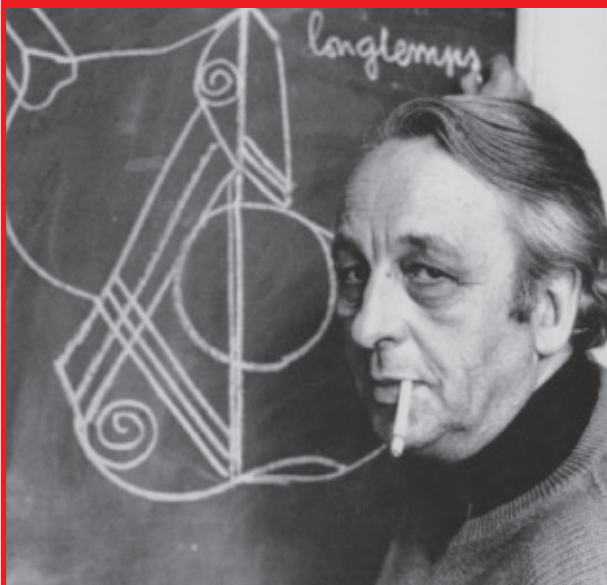
Benno Tscherrig und der Bischof von Sitten:



Traurige Methoden

Seite 4

Louis Althusser



Ideologische Staatsapparate

Seite 16

Mörel: Hilfe für die Präsidentin



Seite 3

Vormundschaftsamt Brig: **So geht das nicht!**

Seite 8

Spendenaffäre Mörel:

Die Sache ist gar nicht so klar!

Die Vorwürfe gegen die Gemeindeverantwortlichen von Mörel stützen sich auf drei Säulen, welche alle sehr wacklig sind:

1. Der Brief der Aargauer Zeitung, welcher festhält, dass die Aargauer Spendengelder «explizit für die Wasserversorgung» zu verwenden seien.
2. Die schriftliche Aktennotiz der kantonalen Arbeitsgruppe Unwetter 2000, dass die Aargauer Spenden als «zweckgebunden für das Schulhaus und die Brücke» nicht in die Abrechnung einbezogen werden.
3. Die Behauptung, die Gemeinde Mörel habe 860 000 Franken zuviel an Spendengeldern erhalten und die Forderung, sie müsse diese zurückzahlen.

Zum ersten Punkt: Christian Stärkle, damals Mitglied der Unternehmensleitung der AZ Mediengruppe und heutiger rro-Präsi-

dent, widerspricht dem exklusiven Verwendungszweck der Aargauer Spendengelder (siehe Seite 3). Niemand habe damit gerechnet, dass mehr Geld gesammelt werde, als für die Wasserversorgung notwendig gewesen sei. Deshalb müsse auch der subsidiäre Spenderwillen in Betracht gezogen werden. Folglich könne das Geld auch für das Gemeinwohl, wozu auch ein Schulhaus gehöre, eingesetzt werden.

Zum zweiten Punkt: Der Bericht des Finanzinspektorates liefert keinen einzigen Beweis dafür, dass die Information für diese Aktennotiz von den Gemeindeverantwortlichen von Mörel stammt. Der Bericht verweist einzig auf die Aussage von Franz König, welcher behauptet, die Gemeindepräsidentin Marianne Imfeld habe «jeweils unmissverständlich dargelegt», dass die Spenden aus dem Kanton Aargau «für das unweathergeschädigte Regionalschulhaus zweckgebunden seien.»

Damit steht Aussage gegen Aussage. Dabei ist kaum anzunehmen, dass die Präsidentin eine dermassen offensichtliche Lüge verbreitet hat. Denn das Regionalschulhaus war vom Unwetter nicht betroffen und das konnte jeder und jede sehen.

Zum dritten Punkt: Wie Stärkle weiter festhält, war es keineswegs die Absicht der Aargauer SpenderInnen, die Leistungen der Glückskette für die Gemeinde Mörel zu schmälern. Mit der erzwungenen Rückzahlung ist dies aber der Fall. In Gondo und Baltschieder hat die Glückskette Millionen für Projekte gezahlt, die nichts mit dem Unwetter zu tun haben. Wenn alle Gemeinden gleich behandelt werden, hat auch Mörel Anrecht auf solche Glückskettengelder für dringende öffentliche Einrichtungen, umso mehr als die Glückskette mehrere Millionen zu viel gesammelt hat.

Kurt Marti

Impressum

Rote Anneliese
Auflage: 3000
Jugendabo: Fr. 20.–
Jahresabo: Fr. 40.–
Unterstützungsabo: 70.–
PC 19-8382-6

Redaktor: Kurt Marti

Freie MitarbeiterInnen

Hilar Eggel
Daniel Heusser
Susanne Hugo-Lötscher
Marie-Theres Kämpfen
Martina Schild
Ricardo Torres
Renata Werlen
Arbeitsgruppe Gesundheitsabo

Sekretariat: Ursula Schild

Satz und Druck

s+z Gut zum Druck, 3902 Brig-Glis

Herausgeber

Verein Rote Anneliese
PF 441, 3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch



Dicke Eier



Mister Alpen-Opec: Ersatz für Rolf Escher?

Für jene, die es noch nicht wissen: Rolf Escher ist Noch-Ständerat der CVPO, und zwar in der zweiten Periode. Zum Abschluss seines Aufenthaltes in Bern möchte er nun doch noch einen Pflock einschlagen und hat im WB einen genialen Vorschlag lanciert: Escher schlägt einen «Mister Alpen-OPEC» vor, welcher «Bindeglied zwischen den Ständesvertretern und den Kantonsregierungen» seine müsste. Zudem soll der Mister Superman aus den Alpen «das gemeinsame Vorgehen in Bern vorbereiten und koordinierend begleiten.» Im Klartext: Der Mister «Alpen-OPEC» soll die Arbeit von Ständerat Escher erledigen. Wofür braucht es dann aber noch einen Ständerat Escher?

WWF-Klimakampagne: Echt katholisch!

Das hat der WWF von der katholischen Kirche offenbar gut gelernt: Den Menschen ihre kleinen Sünden lassen, wenn sie dafür die Opferstöcke füllen. In seiner grössten Kampagne der Geschichte hat der WWF die klimaschädliche Stromproduktion aus Kohle-, Öl- und Gaskraftwerken ins Zentrum gestellt, deren CO₂-Ausstoss halbiert werden soll. Vom CO₂-Ausstoss des Privat- und Flugverkehrs ist in der WWF-Kampagne kein einziges Wort zu lesen, denn die WWF-Verantwortlichen wissen nur allzu genau, dass ihre SympathisantInnen nicht zu jenen gehören, die wenig autofahren und wenig fliegen. Wer seine Opferstöcke füllen will, schweigt über die kleinen Sünden seiner Schäfchen. Obwohl die kleinen Sünden zusammengekommen auch eine grosse Sünde ergeben.

Inhalt

Mörel: Hilfe für die Präsidentin
► Seite 3

Kloster Unterems: Wieder Tscherrig
► Seite 4

Grindji-Kies: Urteil mit Folgen
► Seite 6

Saas-Fee: SAC-Slalom
► Seite 7

Vormundschaft: Unprofessionell
► Seite 8

Grimsel-Ausbau: Kritik von der ETH
► Seite 9

Lohnungleichheit: Frauen kämpfen
► Seite 10

Alcan: Politiker müssen handeln
► Seite 11

Brief aus Bern: Viola Amherd
► Seite 12

Krankenkassen: Gesundheit fördern
► Seite 12

Wussten Sie schon, dass...?
► Seite 13

Buchbesprechung: Vikas Swarup
► Seite 13

Rhonekorrektur: Ziele verschwunden
► Seite 14

Ecuador: Kritik an USA
► Seite 15

Louis Althusser: Staatsapparate
► Seite 16

Wohin frau/man geht
► Seite 18

Zi-Täter
► Seite 19

Thomas Gsponers Niedergang
► Seite 20

Spendenaffäre Mörel:

Hilfe für die Präsidentin!

AARGAU/MÖREL – In einem dreiseitigen Papier widerspricht Christian Stärkle, das ehemalige Mitglied der Unternehmensleitung der AZ Mediengruppe und ab letztem Frühjahr Präsident von Radio Rottu Oberwallis (rro), den Darstellungen der Aargauer Zeitung über den Zweck der Spendengelder aus dem Kanton Aargau. Damit gerät ein wichtiger Pfeiler der Untersuchung gegen die Gemeindepräsidentin Marianne Imfeld ins Wanken.

VON KURT MARTI

«Wenn der subsidiäre Spenderwillen betrachtet wird, können die Aargauer Spendengelder auch für das Gemeinwohl genutzt werden, und damit auch für das Schulhaus von Mörel, sofern genügend Gelder vorhanden sind.» Diese Meinung vertritt der neue rro-Präsident Christian Stärkle, welcher von 1998 bis 2001 Mitglied der Unternehmensleitung der AZ Mediengruppe war, zu der auch die Aargauer Zeitung (AZ) gehört. Stärkle stützt damit die Aussagen der Gemeindepräsidentin Marianne Imfeld und widerspricht der Behauptung der Aargauer Zeitung, das Geld sei «explizit für den Wiederaufbau der verschütteten und teilweise zerstörten Wasserversorgung gesammelt» worden. Die Aargauer Zeitung hatte mit diesem Satz eine Anfrage von Gerhard Schmid beantwortet und damit die Untersuchungen rund um die Spendenaffäre in Gang gesetzt.

mit der Redaktionsleitung konnten wir die finanzielle Lage darlegen, dass neben den grossen Unwetterschäden die Gemeinde auch viele regionale Aufgaben zu tragen habe, insbesondere die Kosten der laufenden Renovation des Schulzentrums, das den Finanzhaushalt sehr belastet.» Das Finanzinspektorat spricht in seinem Bericht von einer «Zweideutigkeit des Briefes», aus dem geschlossen werden könne, die Aargauer Zeitung habe die Verwendung der Spenden für andere Zwecke als zur Deckung der Unwetterkatastrophe akzeptiert. Gemäss FI-Bericht legten die Gemeindeverantwortlichen von Mörel «keine Belege vor, wonach die Aargauer Zeitung eine anderweitige Verwendung der Spenden als für die Unwetter bewilligt hätte.» Mit Stärkles Argumentation gerät diese zentrale These der Untersuchung ins Wanken.

Wasserversorgung «kaum oder nur am Rande erwähnt»

Stärkle führt in seinem Schreiben weiter aus, dass auch die elektronischen Medien der AZ Mediengruppe (Radio Argovia und Tele M1) tatkräftig für die Aktion «Hilfe für Mörel» gesammelt haben. Bei der Kommunikation der Spendenaktion «wurde im Programm der elektronischen Medien im Aargau



rro-Präsident Christian Stärkle: «Das Geld kann auch für das Gemeinwohl, und da gehört auch ein Schulhaus dazu, genutzt werden.»

die Wasserversorgung kaum oder nur am Rande erwähnt», hält Stärkle fest. Zudem habe sich die AZ-Projektgruppe der Spendenaktion «Hilfe für Mörel» «wohl zu keiner Zeit Gedanken darüber gemacht, dass mehr Geld gesammelt werden könnte, als für die Reparatur der geschädigten Wasserversorgung notwendig gewesen wäre.» Ein derartiger, möglicher Ausgang sei den SpenderInnen auch nicht kommuniziert worden. Die Aargauer Sammlung brachte 711 000 Franken. Um wieviel dieser Spendenbetrag die Kosten der Wasserversorgung übertrafen hat, bleibt nach wie vor offen. Die Gemeinde Mörel konnte die genaue Zahl nicht nennen, weil die betreffenden Unterlagen zur Zeit noch beim Untersuchungsrichter sind und auch der verantwortliche Redaktor bei der Aargauer Zeitung, Stefan Künzli, wollte sich dazu nicht äussern, weil er die Zahlen nicht mehr präsent habe.

Unter den gegebenen Umständen erfordert laut Stärkle die Verwendung der Spendengelder «eine differenzierte Betrachtungsweise.» Man müsse

sich fragen, was die SpenderInnen mit ihrer Spende für Mörel eigentlich bezweckt haben. Falls die Spendenaktion tatsächlich nur für die defekte Wasserversorgung gegolten haben soll, stellen sich gemäss Stärkle zwei Fragen:

1. «Warum wurde seitens der Projektgruppe nicht beziffert, wie hoch die Aufwendungen zur Reparatur der Wasserversorgung wirklich sein werden?»
2. Warum wurde die Spendenaktion nicht gestoppt, als damit gerechnet werden konnte, dass der gesammelte Betrag genügen würde?»

SpenderInnen wollten Leistung der Glückskette nicht schmälern

Dass die SpenderInnen ausschliesslich für die Wasserversorgung gespendet hätten, sei «grundsätzlich in Abrede zu stellen.» Die SpenderInnen hätten der Gemeinde Mörel

primär bei der Reparatur der unwetterbeschädigten Wasserversorgung helfen wollen und «subsidiär der Gemeinde Mörel». Das Geld sei explizit für Mörel gesammelt worden und die SpenderInnen hätten zu keiner Zeit daran gedacht, «dass wegen ihrer Spende die Leistung der Glückskette an der Gemeinde Mörel geschmälert werden sollte.» Damit sei der «subsidiäre Wille der SpenderInnen klar.» Daraus folgert er: «Das Geld kann auch für das Gemeinwohl, und da gehört auch ein Schulhaus dazu, genutzt werden.» Im Kanton Aargau ist jedenfalls keine Empörung über die angeblich falsche Verwendung der Spendengelder feststellbar. AZ-Redaktor Künzli erklärt auf Anfrage, dass bei der Aargauer Zeitung «keine erbosten Leserbriefe» eingegangen sind.



Benno Tscherrig und der Bischof: Traurige Methoden!

■ Die Klosteroberin von Unterems sagt: RA-Artikel entspricht den Tatsachen

«Wir bitten den Bischof,

SITTEN/UNTEREMS – Nach dem Erscheinen des RA-Artikels über die Freistellung zweier Klosterfrauen hat Benno Tscherrig von der Oberin des Klosters umgehend eine Erklärung verlangt, mit Verweis auf eine hängige Konvention. In ihrer Not wandte sich die Oberin an den Bischof von Sitten, auf dessen Anweisung sie sich «in aller Form» vom RA-Artikel schriftlich distanzierte. Die polizeilichen Ermittlungen zur Strafklage von Benno Tscherrig gegen RA-Redaktor Kurt Marti brachten nun die brisanten Hintergründe an den Tag.

VON KURT MARTI

«Im Namen der Schwesterngemeinschaft distanzieren mich in aller Form von diesem Artikel», schrieb Maria-Sinah Prause, Oberin des Klosters in Unterems, im Dezember 2004 in einem Brief an die Rote Anneliese. Kurz vorher war in der RA ein Artikel über die Freistellung zweier Klosterfrauen durch den Stiftungsrat des Altersheimes «La Residence» erschienen. Unterschrieben

hatte die Freistellung Benno Tscherrig, Mitglied des Stiftungsrates und gleichzeitig operativer Leiter. Die Oberin führte in ihrer Distanzierung weiter aus, dass die Überschrift auf der Titelseite «Klosterfrauen gefeuert!» irreführend sei, weil in Verbindung mit dem Foto der Schwestern in der Kapelle «unter den Leisern die Meinung entstanden sei, die Schwestern seien aus dem Haus weggewiesen worden; dem ist nicht so.»



Klosteroberin Maria-Sinah Prause: «Der Satz ist für unser Verständnis nur als Drohung und Druckmittel zu verstehen.»

Polizeiliche Ermittlungen bringen Brisantes an den Tag

Die Distanzierung der Oberin vom RA-Artikel war umso erstaunlicher, als die Oberin vor Erscheinen des Artikels auf telefonische Anfrage der RA den Sachverhalt bestätigte, nicht ohne die Freistellung ihrer zwei Mitschwestern und einer Reinigungsfrau mit kla-

ren Worten zu kritisieren. Mit Ihrer Distanzierung brachte die Oberin die RA in eine äusserst ungemütliche Lage, da Benno Tscherrig mittlerweile beim Untersuchungsrichteramt Oberwallis eine Ehrverletzungsklage gegen den unterzeichnenden RA-Redaktor eingereicht hatte. An der Einigungsverhandlung vor der Friedensrichterin von Brig-Glis erwähnten Tscherrig und dessen Anwalt Bruno Imhof das Distanzierungsschreiben der Oberin als Beweismittel, welches im Laufe der Strafuntersuchung dem Untersuchungsrichter vorgelegt werde. Doch wurde dieses angeblich wichtige Beweismittel von Tscherrig weder in der Strafklage noch in der polizeilichen Befragung erwähnt. Mit Grund!

Die brisanten Hintergründe dieses sonderbaren Rückziehens von Tscherrig und dessen Anwalt gab Schwester Maria-Sinah Prause anlässlich der Polizeibefragung zu Protokoll: Wenige Tage nach Erscheinen der RA im November stellten Tscherrig und der Heimleiter Stefan Zumstein die Schwester Oberin in einem Brief zur Rede. Sie beide seien in der jüngsten

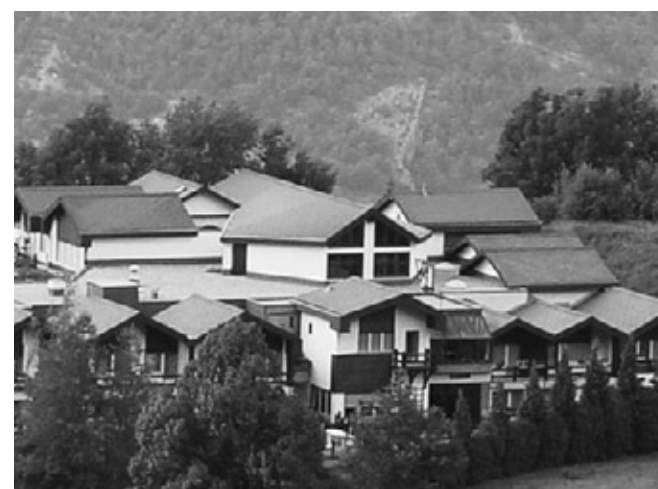
Ausgabe der RA «sachverhaltswidrig und in niederträchtiger Weise angegriffen» worden. «Gegenstand dieser Schmutzkampagne bilden Fotos, Zitate bzw. Aussagen aus der Schwesterngemeinschaft. Wir erwarten, dass Sie sich uns gegenüber in dieser Sache umgehend erklären. Wir werden dem Stiftungsrat am 14. Dezember 2004 entsprechend Bericht erstatten. Der Stiftungsrat wird die Konvention im Lichte dieser Ereignisse behandeln.»

Maria-Sinachs Hilfescrei an den Bischof: «Drohung und Druckmittel»

Die Konvention mit dem Stiftungsrat des Altersheims hat für die Zukunft der Klostergemeinschaft von Unterems existenzielle Bedeutung, weil darin die Abgrenzung zwischen Kloster und Altersheim geregelt werden soll. Weil die Oberin gegenüber der RA die Fakten vor Erscheinen des Artikels bestätigt hatte, kam sie durch Tscherrigs Schreiben in einen schwierigen Gewissenskonflikt. Wenn sie die Wahrheit gesagt hätte, das heisst den RA-Artikel gegenüber Tscherrig bestätigt

■ Trotzdem hat sie sich vom RA-Artikel in aller Form schriftlich distanziert

uns zur Seite zu stehen.»



Das Altersheim von Unterems: Die Klosterfrauen haben das Altersheim aufgebaut und müssen sich nun vom Stiftungsrat einen diktierenden Ton gefallen lassen.

hätte, hätte sie mit ernsthaften Folgen auf die für die Klosterfrauen sehr wichtige Konvention rechnen müssen. Weil das Kloster nicht dem Stiftungsrat, sondern der Diözese unterstellt ist, suchte sie bei Bischof Norbert Brunner Hilfe: «Wir bitten den H.H. Bischof Norbert Brunner, sich unserer sehr prekären Situation anzunehmen und uns zur Seite zu stehen.» Tscherrigs Satz «Der Stiftungsrat wird die Konvention im Lichte dieser Ereignisse behandeln» sei für ihr Verständnis «nur als Drohung und Druckmittel zu verstehen.»

Der Bischof gibt Anweisung zur Distanzierung

Wie die Oberin zu Polizeiprotokoll gab, wurde sie dann vom Bischof angerufen, welcher sie «angewiesen» habe, die bereits zitierte Distanzierung zu verfassen. Der Bischof habe auf zwei Telefonate mit einem Stiftungsrat des Altersheims verwiesen und erklärt, Benno Tscherrig solle «fertig gemacht werden». Bischof Norbert Brunner habe den Inhalt des RA-Artikels in

Frage gestellt und behauptet, aus der RA-Frontseite lese man heraus, «die Schwestern seien aus dem Haus wegweisen worden.» Sie habe ihm gesagt: «Auf diese Idee wäre ich nie gekommen, aber wenn man will, kann man das so auslegen.» In einem Brief habe sie dem Bischof zudem klargemacht, «dass die Sache nicht einfach so aus der Luft gegriffen ist und der Inhalt dieser RA-Ausgabe eigentlich der Tatsache entspricht.»

Trotz dieser eindeutigen Meinungsäusserung der Oberin hat der Bischof sie angewiesen, eine gegenteilige Distanzierung zu verfassen und diese an die RA-Redaktion zu schicken, wie aus ihren Aussagen zuhanden des Untersuchungsrichteramtes hervorgeht. Ihre Haltung hat die Oberin in der polizeilichen Befragung bekräftigt: «Ich kann sagen, dass die Artikel in der RA-Ausgabe eigentlich den Tatsachen entsprechen.» Auch ihre Mitschwestern würden «haargenau die gleiche Meinung vertreten.» Dass sie die faktenwidrige Distanzierung auf Anweisung des Bischofs geschrieben habe, begründet die Oberin

Bischof und Tscherrig verweigern die Stellungnahme

Die RA hat Tscherrig und dem Bischof die Gelegenheit zu einer Stellungnahme gegeben. Während Tscherrig hartnäckig schwieg, schrieb der Bischof: «Ich weigere mich, in dieser so kurzen Frist, eine Stellungnahme abzugeben, denn ich nehme an, dass ein solches Vorgehen unzulässig ist.» Der Bischof hatte vier Tage Zeit, eine Stellungnahme zu verfassen: Er erhielt den entsprechenden Brief bereits am Montag per E-Mail mit der Bitte um Antwort bis am Freitag. Als der Bischof zum ersten Mal die Stellungnahme verweigerte, weil die E-Mail nicht handschriftlich gezeichnet war, erhielt er und Tscherrig denselben, gezeichneten Brief per eingeschriebenem Brief am Mittwoch postalisch zugestellt.

damit, dass sie «während dieser Zeit andauernd den Satz «Der Stiftungsrat wird die Konvention im Lichte dieser Ereignisse behandeln» vor Augen hatte.»

Richtigstellung als Teil der Konvention

Die Oberin gab weiter zu Protokoll, Benno Tscherrig habe in einem zusätzlichen Brief von ihr verlangt, die Richtigstellung in der nächsten RA veröffentlicht zu lassen. In einem internen Protokoll des Altersheimes, welches von Tscherrig unterschrieben ist, steht dazu: «Schwester Sina

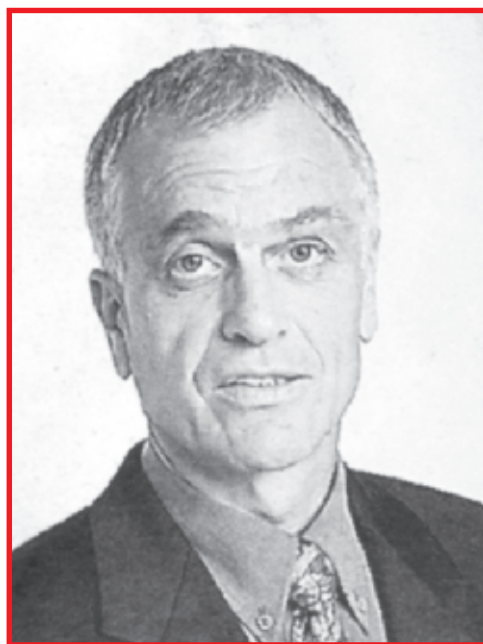
Maria hat von der Redaktion RA zu verlangen, dass diese Richtigstellung in der nächsten Ausgabe an geeigneter Stelle zu publizieren ist.» Diese Forderung steht unter dem letzten Punkt einer 8 Punkte umfassenden Beschlussfassung zur Konvention zwischen der Stiftung und der Schwesterngemeinschaft. Unzulässigerweise wird die Richtigstellung als integraler Bestandteil der Konvention aufgeführt und damit mit dieser verknüpft. Der diktierende Ton des Protokolls lässt vergessen, dass die Klosterfrauen nicht dem Stiftungsrat des Altersheims untergeordnet sind und dass sie während

eines Vierteljahrhunderts das Altersheim und das Kloster selbst aufgebaut haben.

Ihre Zustimmung zur Veröffentlichung der Richtigstellung machte die Oberin dann von einer wichtigen Ergänzung des Schreibens abhängig, nämlich den Hinweis, dass den beiden Mitschwestern nicht bloss gekündigt, sondern dass sie freigestellt wurden. Auf ein diesbezügliches Schreiben an Tscherrig habe sie bis heute «keine Antwort erhalten.» Folglich hat sie von der RA auch nicht verlangt, die Richtigstellung zu veröffentlichen.

UR Bernhard Tenud: Keine Untersuchung wegen möglicher Nötigung

Die RA hat Untersuchungsrichter Bernhard Tenud angefragt, ob er gegen Benno Tscherrig und den Bischof ein Verfahren aufgrund der Aussagen der Oberin Maria-Sinah Prause eingeleitet habe. Er antwortete, dass neben dem Ehrverletzungsverfahren Tscherrig gegen Marti keine weiteren Verfahren hängig seien. Allein wegen Ausführungen in einem Protokoll werde «nicht von Amtes wegen eine Untersuchung wegen möglicher Nötigung eröffnet. Falls sich tatsächlich eine Person genötigt fühlte, soll sie eine begründete Anzeige einreichen.» Gemäss Art. 181 StGB wird «mit Gefängnis oder Busse bestraft», wer jemanden durch «Androhung ernstlicher Nachteile oder durch andere Beschränkung seiner Handlungsfreiheit nötigt, etwas zu tun, zu unterlassen oder zu dulden.» Nötigung ist folglich ein Officialdelikt und der Untersuchungsrichter ist von Amtes wegen verpflichtet, eine Untersuchung einzuleiten, sobald er davon Kenntnis hat, nicht erst wenn jemand eine Anzeige macht.



Benno Tscherrig: «Der Stiftungsrat wird die Konvention im Lichte dieser Ereignisse behandeln.»



Bischof Norbert Brunner: Statt den Klosterfrauen beizustehen, hat er Benno Tscherrig unter die Arme gegriffen.

Streit um Grindji-Kies: Bundesgericht entscheidet gegen Albert Kronig

Fehlentscheid mit Folgen

LAUSANNE – Das Bundesgericht hat sich im Streit um den Grindji-Kies (siehe RA Nr. 185) gegen den Grundeigentümer Albert Kronig entschieden. Damit stützt das Bundesgericht den Entscheid des Kantonsgerichtes und die Forderung der Stadtgemeinde Brig-Glis, dass Kronig lediglich einen Quadratmeterpreis von 5 Franken und für den Kies, auf dem heute das FO-Bahn-Depot steht, keinen einzigen Rappen erhalten soll. Die RA zeigt auf, wieso das Bundes- und das Kantonsgericht hier ein folgenschweres Urteil gefällt haben.

VON KURT MARTI

Frau und Mann stelle sich folgendes fiktive Beispiel vor: Angenommen der Eigentümer eines Bauplatzes in der Bauzone hat sein Grundstück bisher nicht überbaut. Jetzt entscheidet sich der Kanton, die neue Linienführung der Kantonsstrasse über dieses Grundstück zu führen und argumentiert wie folgt: Mit der neuen Linienführung der Kantonsstrasse hat sich die Situation verändert und das Grundstück wird enteignet. Folglich wird der Eigentümer in Zukunft keine Baubewilligung mehr erhalten und das Grundstück hat nicht mehr den Wert von Bauland, sondern bloss von landwirtschaftlichem Boden. Aufgrund dieser Argumentation könnte in Zukunft die öffentliche Hand teures Bauland zum Preis von Landwirtschaftsland enteignen. Falls das für das gesamte Bauland gelten würde, wäre das ein revolutionärer und raumplanerisch positiver Schritt. Im Einzelfall angewendet, ist es hingegen eine Ungerechtigkeit.

Kein höherer Wert als landwirtschaftlicher Boden

Genau so ist es dem Bodeneigentümer Albert Kronig ergangen. Wie die RA vor

einem Jahr berichtete, hat die Gemeinde Brig-Glis im Grindji den Boden im Flussbett der Saltina enteignet und will dem Eigentümer Kronig bloss 5 Franken/m² zahlen, obwohl die Schatzungskommission einen Preis von 20 Franken verlangte. Zudem weigerte sich die Gemeinde und die FO-Bahn (heute MGB), dem rechtmässigen Eigentümer Kronig für das auf seinem Boden ausgebeutete Material, auf dem heute das Depot der heutigen MGB steht, etwas zu bezahlen. Das Kantonsgericht stützte diese Auffassung und argumentierte genau gleich wie im oben skizzierten, fiktiven Beispiel: Weil die Unwetterkatastrophe vom September 1993 und die spätere Enteignung «eine absolut neue Situation geschaffen» haben, könne Kronig in Zukunft nicht mehr mit einer Abbau-Bewilligung rechnen. Deshalb habe der Boden auch keinen höheren Wert als landwirtschaftlicher Boden mehr. Das Bundesgericht bestätigte diesen Entscheid des Kantonsgerichtes.

Die falsche Überlegung der Richter

Die falsche Überlegung des Bundes- und des Kantonsgerichtes ist wie folgt erklärbar: Die Richter hätten die mögliche Nutzung des



Depot der früheren FO-Bahn:

Laut Bundes- und Kantonsgericht ist das Untergrundmaterial, welches Albert Kronig gehört, wertlos.

Grindjibodens mit und ohne Enteignung vergleichen müssen. Ohne das Unwetter und ohne Enteignung hätte der Bauunternehmer Kronig sehr wohl damit rechnen können,

eine Abbaubewilligung für seinen Kies zu erhalten. Umso mehr als die Baufirma Severin Schmid AG über Jahrzehnte eine solche Abbaubewilligung hatte und Kronig bedeutend

mehr Boden im abbaubaren Gebiet besitzt. Trotz mehreren Gesuchen hat aber die Gemeinde Brig-Glis dem Unternehmer Kronig eine Bewilligung hartnäckig verweigert.

Indirekte Schützenhilfe von Stefan Escher

Der Fall Albert Kronig ist vergleichbar mit dem Fall der Burgergemeinde Salgesch. Als Ausgleichsmassnahme für den Bau der A9 wurde im Pfynwald eine Waldfläche enteignet, welche im Besitz der Burgergemeinde Salgesch ist. Die Eidgenössische Schatzungskommission hatte den Preis auf 1,5 Franken/m² festgesetzt. Die Burgergemeinde Salgesch und deren Anwalt Stefan Escher verlangten jedoch einen Preis von rund 20 Franken. Escher argumentierte, die enteignete Waldfläche sei bisher als Camping benutzt worden und könnte auch in Zukunft dafür benutzt werden. Deshalb rechtfertigte sich eine weit höhere Entschädigung. Er stellte diese Forderungen, obwohl die Waldfläche bisher illegal als Camping genutzt wurde und obwohl sie in einem Auengebiet von nationaler Bedeutung liegt, in welchem per Entscheid des Staatsrates das Campieren streng untersagt ist. Im Unterschied zum Fall von Albert Kronig wäre also in Salgesch eine spätere Nutzung des Bodens auch ohne Enteignung ausgeschlossen. Trotzdem plädierte Escher für eine höhere Entschädigung. Weil eine spätere Nutzung per Gesetz ausgeschlossen ist, hat das Bundesgericht völlig zu Recht die Forderungen der Burgergemeinde Salgesch abgewiesen.

■ Erschliessung des Chessjen-Gebietes in Saas-Fee ■ Alpenclub stellt Eigeninteressen über seine schönen Ideale

Gefährliche SAC-Gratwanderung!

SAAS-FEE – Der Schweizerischen Alpenclub (SAC) spricht sich für die Neuerschliessung des Chessjengebietes in Saas-Fee aus, obwohl die SAC-Richtlinien sich ganz klar gegen die Erschliessung von bisher unberührten Geländekammern aussprechen. Im Hinblick auf die Interessen der Britanniahütte hat der SAC seine hohen Ideale ohne viel Federlesen begraben, obwohl er kürzlich an einer öffentlichen Tagung die fehlende «nationale Strategie mit einer konsequenten Umsetzung» beklagte.

VON KURT MARTI

Die Kassen der Bergbahnen Saas-Fee AG sind seit der letzten Kapitalerhöhung auf 21 Millionen prall gefüllt. Mehrere Ausbau-Projekte stecken in der Pipline, zum Beispiel die Erschliessung des Chessjengebietes mit einer neuen Sesselbahn und einem Skilift. Einen wahren Slalomkurs fährt dabei der SAC in seiner Stellungnahme. Zunächst hält der SAC fest, dass ihm die «Hochgebirgslandschaften als gemeinsames Erbe besonders am Herzen» lägen. Weil man den Touristen einen Aufenthalt in der «unberührten Natur» ermöglichen wolle, habe man sich «den grösstmöglichen Schutz als Aufgabe gegeben.» Diese Grundsätze finden Ausdruck in den SAC-Umwelttrichtlinien aus dem Jahre 2002: «Neuerschliessungen sowie Erweiterungen von Skigebieten in neue Geländekammern sind abzulehnen. Die Modernisierung und der Weiterausbau bestehender Gebiete darf nur ökologisch rücksichtsvoll und konsequent gesetzeskonform erfolgen.»

SAC-Richtlinien sind eigentlich gegen Chessjen-Projekt

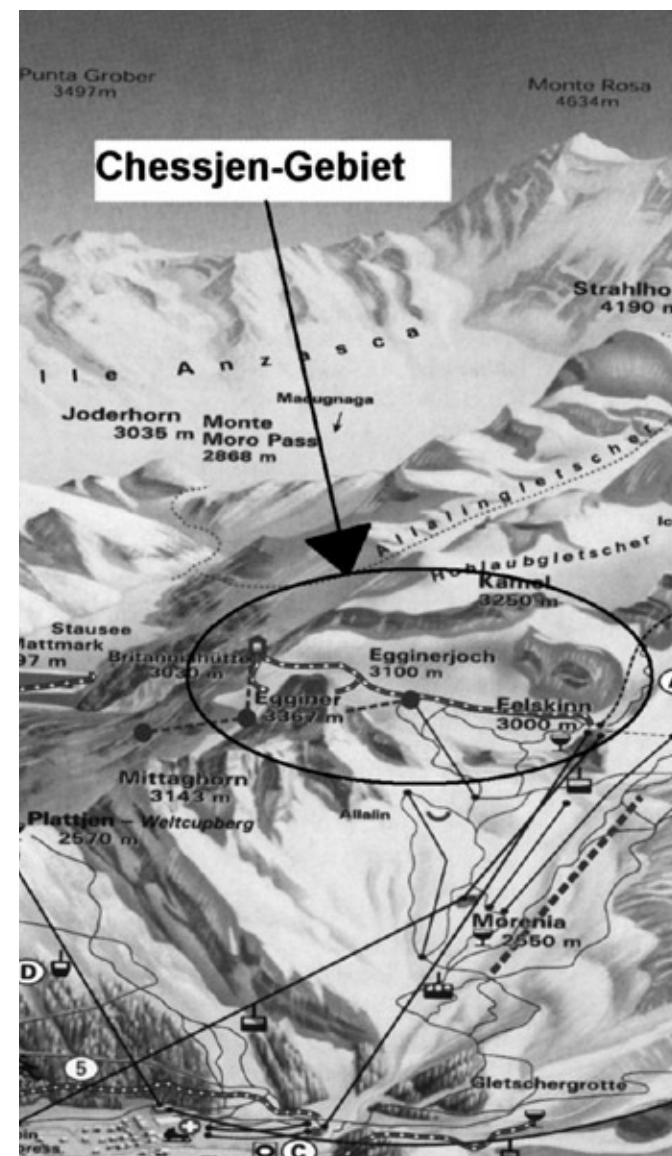
Der SAC beklagt in seiner Stellungnahme zudem «die

neue Welle von Erweiterungs- und Erschliessungsvorhaben mit Druck auf noch unerschlossene Landschaften.» Konsequenterweise kritisiert der SAC die fehlende nationale und internationale Perspektive auf der raumplanerischen Ebene und er folgert: «Es fällt uns deshalb schwer, uns zu Einzelprojekten positiv zu äussern, solange diese Perspektive fehlt. Derzeit sehen wir uns mit einer Art «Salamitaktik» konfrontiert, wo allerorten Projekte von Erweiterungen, Verbindungen und Neuerschliessungen geplant werden.» Genannt werden die Beispiele Sidelhorn, Riederalp-Belalp, Tête de Balme, La Dôle, Titlis-Hasliberg und Arosa-Lenzerheide. Schlussendlich vergisst der SAC auch nicht den Mahnfinger zu heben und fordert auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene «klare Konzepte und Ausbaugrenzen.» Ins selbe Horn stiess der SAC anlässlich einer nationalen Tagung über «Die touristische Erschliessung der Alpen». Der SAC kommt in seiner Stellungnahme zum Chessjenprojekt selber zum Schluss, dass bei strenger Auslegung die geplante Erweiterung als Erschliessung einer neuen Geländekammer interpretiert werden muss «und der SAC könnte demzufolge dem Projekt nicht zustimmen.» Von den Ski-

turen-Touristen sei ebenfalls «eine recht starke Ablehnung denkbar.»

Stromversorgung der Britanniahütte war wichtiger

Doch der SAC erinnert sich auch an die eigenen Interessen, namentlich der eigenen Britanniahütte. Diese braucht nämlich dringend eine Stromversorgung und mehr Gäste. Deshalb begräbt der SAC seine hohen Ideale im Handkehrum und stimmt «der Erweiterung mit bestimmten Auflagen und der verbindlichen Festlegung von Ausbaugrenzen im betroffenen Gebiet zu.» Bei den bestimmten Auflagen handelt es sich grösstenteils um Vorschriften, welche die Bergbahnen Saas-Fee sowieso einhalten müssten. Abweichend davon sind nur zwei Kuhhandel-Artikel: Die Bergbahnen Saas-Fee dürfen im Chessjen-Gebiet keine gastronomischen Betriebe bauen und sie verpflichten sich zur Stromversorgung der Britanniahütte. Der SAC argumentiert, dass das Markenzeichen der SAC-Hütten zwar die «unerschlossene Gebirgslandschaft» ist und dass diese Stellung «für die Britanniahütte mit der Erschliessung verloren» gehe. Aber eigentlich sei die Britanniahütte wegen der bestehenden Ratraspur nicht mehr wirklich abgeschieden.



Chessjengebiet mit Britanniahütte: SAC warf seine Richtlinien wegen der Stromversorgung über Bord.

Das Top-Argument: Umweltschutz durch Erschliessung

Dann zaubert der SAC das Top-Argument für die Erschliessung des Chessjengebietes aus dem Hut, nämlich die neuen Kundensegmente im Tagestourismus und die Portalfunktion der Hütte, welche es dem SAC ermöglicht, «die Empfindlichkeit der Natur zu präsentieren und die Risiken einer weiteren Erschliessung aufzuzeigen.» Am Beispiel der Erschliessung soll also die

Schädlichkeit der Erschliessung demonstriert werden. Pädagogischer Umweltschutz durch neue Skigebiete! Der SAC verbindet seine Zustimmung mit der Festlegung von Ausbaugrenzen, welche von den Bergbahnen Saas-Fee verbindlich in einer Gesamtplanung festgelegt werden sollen. Offensichtlich ist auch dem SAC auf seiner gefährlichen Gratwanderung klar, wie das Ausbaudomino weitergehen könnte, unter anderem durch eine Seilbahn von Saas-Almagell ins Chessjen-Gebiet.

Mangelnde Professionalität beim Vormundschaftsamt Brig-Glis

Zweifelhafte Entmündigung einer dreifachen Mutter

BRIG-GLIS – Das Vormundschaftsamt Brig-Glis hat eine dreifache Mutter entmündigt, weil sie angeblich auf Grund ihrer kognitiven Fähigkeiten nicht im Stande sein soll, den Überblick über ihre Einnahmen zu behalten. Das Bezirksgericht Brig hat diesen Entscheid bestätigt. Ein psychiatrisches Gutachten, das bei vermuteter Geistesschwäche gesetzlich vorgeschrieben wäre, sucht man in den Entscheiden des Vormundschaftsamtes und des Bezirksamtes vergeblich.

VON KURT MARTI

Im vergangenen März wurde die alleinerziehende Z. unter Vormundschaft gestellt, und zwar vom Vormundschaftsamt Brig-Glis unter dem Präsidium von FDP-Gemeinderat Matthias Eggel, Gemeindegemeinderat Eduard Brogli, Richterin Germaine Ruppen und Roland Studer. Als Begründung wurde angeführt, dass es für die dreifache Mutter «aufgrund ihrer kognitiven Fähigkeiten» schwierig sei, den Überblick über die Rechnungen zu behalten. Deshalb liege zweifellos ein «groses Verschuldungsrisiko» vor. Weiter sei davon auszugehen, dass Frau Z. «mit der Erziehung der Kinder und der Haushaltsführung überfordert» sei. Das Vormundschaftsamt stütze sich dabei auf Meldungen des Sozialmedizinischen Regionalzentrums (SMZ) Brig und des Vormundschaftsamtes des Bezirkes Östlich-Raron.

Bevormundung auf wackliger Grundlage

Gegen den Entmündigungsentscheid legte Anwalt Paul Carlen im Auftrag von Frau Z. Berufung beim Bezirksgericht Brig ein und beantragte die Aufhebung der Vormundschaft, weil Frau Z. ihre Existenz mit der IV-Rente und den Ergänzungsleistungen selber sichern könne. Falls

sie damit nicht zu Recht kommen, stehe immer noch die Beratung des Sozialdienstes zur Verfügung. Die Aufhebung der Vormundschaft dränge sich umso mehr auf, als die beiden älteren Kinder bereits volljährig seien und für das dritte Kind eine Erziehungsaufsicht bestehe. Zudem bemängelte Carlen, bei Frau Z. sei, «was die Haushaltsführung betrifft, bis heute nie eine Kontrolle durchgeführt» worden.

Erstaunlicherweise hält Bezirksrichter Philipp Näpflin in seinem Entscheid fest: «Aktenmässig liegen keine Anhaltspunkte vor, dass sie sich und die Kinder nicht richtig ernährt, sich schäbig und auffallend kleidet und der Gesundheitspflege nicht die genügende Aufmerksamkeit schenkt.» Zudem entnehme er den Akten, «dass sie sich wohl zu verteidigen weiss.» Damit widerspricht Bezirksrichter Näpflin der Begründung des Vormundschaftsamtes. Was von den Begründungen übrig bleibt, ist die Annahme, dass Frau Z. mit der Einkommensverwaltung überfordert sei. Näpflin argumentiert, dass die Einnahmen von Frau Z. um 150 Franken unter dem Notbedarf liegen und folglich Frau Z. arm sei. Zudem sei dem Sozialbericht des SMZ zu entnehmen, dass bei Frau Z. vermehrt Mahnungen eingetroffen seien. Und der

Bezirksrichter folgert, dass «bei den dargelegten Einkommensverhältnissen und der erwähnten Schwäche des Intellekts» die Gefahr eines Notstandes als erstellt angesehen werden muss.

Armut und Mahnungen sind keine Entmündigungsgründe

Dazu hält die RA fest: Weder der Armut noch erhaltene Mahnungen sind stichhaltige Entmündigungsgründe. In der Schweiz leben Hunderttausende unter der Armutsgrenze und im Jahr 2004 wurden in der Schweiz fast 2,5 Millionen Zahlungsbefehle verschickt. Aufgrund solcher Kriterien müsste rund ein Drittel der Schweizer Bevölkerung bevormundet werden. Folglich bleibt von den Begründungen des Vormundschaftsamtes noch die bezweifelten «kognitiven Fähigkeiten» von Frau Z. übrig, oder wie es Bezirksrichter Näpflin juristisch präziser nennt die «Schwäche des Intellekts». Bei Entmündigung wegen sogenannter Geisteschwäche allerdings verlangt Artikel 374 Absatz 2 des



FDP-Gemeinderat Matthias Eggel: Wo ist das psychiatrische Gutachten?

Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) die Einholung eines psychiatrischen Gutachtens. Ein solches Gutachten wird in den Entscheiden des Vormundschaftsamtes und des Bezirksamtes nirgends erwähnt, vielmehr stützen sich beide Instanzen bloss auf den Sozialbericht einer SMZ-Mitarbeiterin, welche

«die kognitiven Fähigkeiten» der Frau Z. in Frage stellte. Auf die Frage nach einem psychiatrischen Gutachten verweist Eggel auf das Amtsgeheimnis.

Ausbau der Pumpspeicherung lohnt sich langfristig nicht

ETH-Studie spricht gegen KWO plus

GRIMSEL/HASLITAL – Die Kraftwerke Oberhasli (KWO) planen die Erhöhung der Staumauer des Grimselsees um 23 Meter und den massiven Ausbau der Pumpspeicherung. Naturschutzgebiete mit wertvollen Arvenbeständen würden im Gletscherwasser versinken. Die Fischer befürchten in der Hasli-Aare und im Brienersee gravierende Auswirkungen. Der Hauptgrund für den KWO-Ausbau ist der erhoffte Profit. Jetzt zeigt aber eine noch unveröffentlichte ETH-Studie: Pumpspeicherung wird in Zukunft unrentabel!

VON KURT MARTI

In Pumpspeicherkraftwerken wird mit günstigem Strom Wasser in höher gelegene Stauseen gepumpt. Wenn der Strompreis hoch ist, wird das Wasser wieder turbinert. Der Profit errechnet sich aus der Differenz zwischen Ankaufs- und Verkaufspreis des Stroms. Zum Beispiel bei den Kraftwerken Oberhasli (KWO) stammt ein Drittel der gesamten Stromproduktion aus dem Pumpbetrieb. Weil die Kraftwerke Oberhasli (KWO) mit dem Pumpspeicherbetrieb zur Zeit hohe Gewinne einfahren, wollen sie die Pumpspeicherung auf der Grimsel massiv ausbauen, unter anderem mit einer höheren Staumauer und mit zusätzlichen Druckleitungen, Pumpen- und Turbinen.

Diese Zukunftshoffnung der KWO wird nun durch eine noch unveröffentlichte Studie* des renommierten ETH-Instituts «Centres for Energy Policy and Economics» (CEPE) in Frage gestellt:

Pumpspeicherwerke werden unrentabel

Die ETH-Studie geht davon aus, dass sich der Strom aus fossilen Energien (Kohle,

Erdöl und Erdgas) wegen der CO₂-Abgaben in der EU bis ins Jahr 2030 sukzessiv verteuert. Damit verteuert sich auch der Einkaufspreis für den Pumpstrom der KWO. Gleichzeitig steigt der Verkaufspreis für Spitzenenergie viel weniger stark an. Folglich schmälert die Gewinnmarge für die Pumpspeicherung zusammen. Die ETH-Studie kommt zum Schluss, dass die Pumpspeicherwerke langfristig beträchtlich unter der Rentabilitätsgrenze liegen. Ein europäischer Strommarkt mit hohen CO₂-Abgaben würde sich «sehr ungünstig» auf zukünftige Pumpspeicherwerke aus: «Wenn langfristig zu Marktpreisen gepumpt werden muss, dann lohnen sich diese Projekte nicht.»

Keine zusätzliche Regelernergie nötig

Die KWO begründet den starken Ausbau der Pumpspeicherung u. a. mit der Notwendigkeit von sogenannter Regelernergie für die Windkraft in Deutschland. Auch dieses Argument wird durch die ETH-Studie relativiert: Es lasse sich «keine grossen Auswirkungen auf die Schweiz erkennen.» Die Windenergie erfordere zum Ausgleich von Produktionsschwankungen

mit werkeigenen AKWs oder fossilen Kraftwerken möglich, «wodurch deren gestiegene Erträge den Fehlbetrag des Pumpspeicherkraftwerkes übersteigen.» Damit stützt die ETH-Studie die Argumentation der KWO-Kritiker, welche die Pumpspeicherwerke als AKW-Batterien bezeichnen.

Speicherkraftwerke profitieren von CO₂-Abgabe

Die reinen Speicherkraftwerke werden von hohen CO₂-Abgaben profitieren, weil damit die Strompreise in Europa ansteigen.

Nur im Verbund mit AKWs und fossilen Kraftwerken

Laut ETH-Studie ist höchstens ein Pumpbetrieb im Verbund

* «Analyse der Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wasserkraftwerke im Rahmen des europäischen Elektrizitätsversorgungssystems»



Moorschutgebiet Sunnig Aar: Durch die Erhöhung der Grimselstaumauer und die Pumpspeicherung gefährdet

Im Jahr der Lohngleichheit 2006:

Ganzer Lohn für ganze Arbeit

BERN/WALLIS – Über 250 Frauen aus der ganzen Schweiz haben am Samstag, den 5. November am 10. SGB-Frauenkongress in Bern teilgenommen. Gemeinsam erklärten sie das Jahr 2006 zum Jahr der Lohngleichheit und berieten über konkrete Aktionen und Massnahmen um ihrer Forderung schweizweit zum Erfolg zu verhelfen. Auch im Oberwallis sind durch die IG Gewerkschaftsfrauen für das Jahr 2006 mehrere Aktionen zur Lohngleichheit geplant.

Von Susanne Hugo-Lötscher *

Der Lohn hat eine grosse Auswirkung auf den Alltag, den gesellschaftlichen Stand, das Selbstvertrauen, die soziale Absicherung und die Altersvorsorge. Wer schlecht verdient, ist sein Leben lang bestraft. Jahr um Jahr vergrössern sich die Nachteile eines zu kleinen Lohnes. Gleichstellungspolitik in der Schweiz gleiche einer «Schnecke» bemerkte SGB-Präsident Paul Rechtsteiner in seiner Ansprache gegenüber den Frauen. Schon 1880 forderten streikende Frauen in der Schweiz bessere Arbeitsbedingungen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit – und müssten es noch heute tun! Auch Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss bedauerte den

langen Weg zur Gleichstellung. Obwohl der Gleichstellungsartikel seit 25 Jahren im Gesetz stehe, würden Frauen im Durchschnitt noch immer bis zu 21 % weniger verdienen als Männer. Das sei ein Haufen Geld, der da während 25 Jahren bei den Frauen gespart worden sei.

Beispiel Ontario und Quebec: Gesetz verpflichtet

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein Verfassungsauftrag. Die Umsetzung dazu ist aber ein ständiger Kampf. Das Hauptproblem liegt an der fehlenden Lohntransparenz, welche einen konkreten Vergleich mit den KollegInnen verunmöglicht. Ein anderes Problem ist die männlich geprägte Bewertung der Ar-



beit. Damit Lohngleichheit erreicht werden kann, muss sich aber auch die Einstellung in den Köpfen von Frauen und Männern ändern, welche nach wie vor an den alten Rollenbildern (Mann = Vollverdiener und Ernährer, Frau = Mutter und Teilzeitarbeiterin) festhalten.

Dass es auch anders geht, beweisen zwei Regionen in Kanada. In ihrem Referat über die proaktive Annäherung an die Lohngleichheit in Kanada ging die Professorin Marie-Therese Chicha auf das

gültige Gesetz zur Förderung der Lohngleichheit in Kanada ein. Jedes Unternehmen, jede Firma mit über 200 Angestellten in Quebec (seit 1997 in Kraft) und Ontario (seit 1989 in Kraft) sind durch das Gesetz verpflichtet, Lohngleichheit in ihrem Unternehmen umzusetzen. Sie müssen ein Gleichstellungsprogramm entwickeln und eine Lohngleichheits-Kommission einsetzen. Denn laut Untersuchungen sind rund 1/3 der Lohnunterschiede auf Diskriminierung zurückzuführen. Das Gesetz schreibt ihnen vor, innerhalb von 4 Jahren die Lohngleichheit schrittweise umzusetzen. Die Firmen müssen zu diesem Zweck der Kommission intern Auskunft über sämtliche Saläre geben. Laut Chicha sind gute Erfahrungen mit dem Gesetz gemacht worden, es müsse aber auf alle, also auch auf kleinere Firmen ausgedehnt werden.

Beispiel Kanton Bern: Vorbildfunktion der öffentlichen Hand

Im Gegensatz zum Wallis, wo zur Zeit Obersparer und Abbauprogramme die Arbeitsmoral innerhalb der Verwaltung arg in den Keller sinken lassen, übernimmt im Kanton Bern die öffentliche Hand in der Personalpolitik eine Vorbildfunktion. Im Sommer 2004 verabschiedete der Berner Regierungsrat Gender-Richtlinien für die Personalpolitik innerhalb der Kantonsverwaltung. Ziel dieser Politik ist laut Regierungsrätin und Baudirektorin Barbara Egger-Jenzer eine ausgewogene Vertretung beider Geschlechter auf allen Hierarchiestufen und in allen Funktionen, sowie eine partnerschaftliche Unternehmenskultur, in der sich die Potenziale aller Mitarbeitenden optimal entfalten können.

2006: Das Jahr der Lohngleichheit

Frauen verdienen mehr, als ihnen ausbezahlt wird. Deshalb wurde das Jahr 2006 von den SGB-Gewerkschaftsfrauen zum Jahr der Lohngleichheit ernannt. Bereits sind verschiedene Aktionen und Aktionstage vorgesehen. So etwa ein Vorstoss für Genderrichtlinien in der Dezembersession 2005, Aktionstage am 8. März, 1. Mai und 14. Juni 2006.

Alcan-Poker:

Die Öfen in Steg dürfen und müssen nicht ausgehen

STEG – Das Oberwallis wird in den nächsten Wochen ein Lehrstück in Sachen Konzernmacht und Spekulationsspielen erleben. Es ist Zeit, dass die Region aufwacht und für die Erhaltung der wichtigen Industriearbeitsplätze kämpft.

Fakt 1: Steg stand 1993 vor dem Aus

Die Geschichte wiederholt sich. Schon vor zwölf Jahren sollten in der Aluminiumhütte Steg die Öfen ausgehen. Für Hans Jucker, den damaligen Präsidenten der Aluisse-Lonza, war die Stilllegung beschlossene Sache: Die Aluminiumproduktion sei in Westeuropa ein für allemal nicht mehr rentabel und Steg sei sowieso zu klein und zu teuer. Der Kampf der IG Alu verhinderte die folgenschwere Schliessung. Die kanadische Alcan brachte die Hütte wieder in Schuss, investierte 40 Millionen Franken in die Öfen und erhöhte die Produktion um 20 Prozent. Ab 2002 wurden in 128 Öfen jährlich wieder 43 000 Tonnen produziert, so viel wie lange nicht mehr. «Mit der Modernisierung sind wir auf dem neuesten Stand der Technik», jubelten die Manager.



Fakt 2: Wirtschaft braucht immer mehr Aluminium

Heute braucht die Wirtschaft weltweit jährlich 20 Millionen Tonnen Aluminium. Der Bedarf steigt in den nächsten Jahren auf 30 Millionen Tonnen. Um 30 Millionen Tonnen zu produzieren, braucht es 600 Werke in der Grössenordnung von Steg. Oder 60 Werke wie sie heute neu geplant und realisiert werden. Für die Produktion von Aluminium gibt es weltweit drei wesentliche Kostenfaktoren: Erstens die Verzinsung und Amortisation des Werkes. Zweitens den Rohstoff Tonerde. Und drittens günstigen Strom. Immer weniger Konzerne kontrollieren die Produktion von Aluminium. Sie versuchen, jede Konkurrenz auszuschalten und ihre Produktionskosten zu senken. Der Abnahmepreis des Aluminiums wird bestimmt zum einen durch den Preis anderer Werkstoffe wie Stahl und Kunststoff und zum anderen durch die Konjunktur. Stahl ist knapp und teuer. Öl wird nie mehr so billig wie es war. Deshalb sind die Aluminiumpreise so hoch wie noch nie. Deshalb wird dieser Werkstoff teuer bleiben.

Fakt 3: Steg war, ist und bleibt rentabel

In Deutschland und Frankreich gibt es vergleichbare kleinere und mittlere Aluminiumwerke wie Steg. Diese produzieren alle trotz steigenden Aluminiumpreisen rentabel. Dies gilt auch für Steg. Die grossen Konzerne wollen in einer konzentrierten Aktion diese Werke schliessen. Deshalb hat sich die norwegische Hydro-Norsk geweigert, das Werk in Hamburg an Dritte zu verkaufen. Der Grund: Unabhängige Tonerde- und Aluminiumproduzenten sollten aus dem Markt verdrängt werden. Nur wenn wenige Produzenten die ganze Wertschöpfungskette kontrollieren, können sie ihre Marktmacht brutal ausspielen. Dies geht überall auf Kosten der betroffenen Regionen und der Lohnabhängigen in den Betrieben.

Fakt 4: Ohne Steg geht Siders/Chippis ein

Alcan hat im ersten Schritt die Aktivitäten in Chippis abgebaut. Die Gewerkschaften haben sich mit einem recht mageren Sozialplan zufrieden gegeben. Im zweiten Schritt will Alcan jetzt Steg schliessen. Kurz darauf wird Alcan feststellen, dass man nach der Schliessung von Steg in Siders/Chippis leider nicht mehr kostengünstig Bleche und Profile herstellen kann.

Fakt 5: Strompreis poker

Um die wahren Absichten zu verschleiern, hat Alcan zuerst von Seiten der WEG und der EnAlpin Strompreise von 4 Rappen verlangt. Obwohl man auch mit einem Strompreis von 6 Rappen noch Geld verdienen würde. Jetzt ist eine Gruppe von unabhängigen Investoren im Umfeld des berühmten Zuger Rohstoffimperiums Glencore (die Firma ist aus dem Konzern von Marc Rich hervorgegangen) bereit, das Werk weiter zu führen, wenn erstens der Strom 5.3 Rappen kostet und zweitens Alcan das Rohaluminium zum Weltmarktpreis plus Transportkosten abnimmt. Im Wallis tritt der gelbe Treuhänder Albert Bass als Unterhändler auf. Wie in Hamburg geht Alcan zum Schein auf diese Verhandlungen ein. Um sie früher als wir alle denken, wieder platzen zu lassen.

Fakt 6: Cina und Burgener müssen handeln

Die beiden Oberwalliser Staatsräte Jean-Michel Cina und Thomas Burgener sitzen bei diesem Poker in den Schlüsseldepartementen Wirtschaft und Energie. Der Staat muss, wenn Alcan nicht einrenkt, das Werk Steg verstaatlichen und es gewinnbringend mit Bass, Glencore und CO. weiterbetreiben. Viele sind allergisch gegen Verstaatlichung. Zu Unrecht. Denn dieser Vorschlag hat vor 15 Jahren niemand anders als der heutige FDP-Bundesrat Pascal Couchepin gemacht. Cina und Burgener müssen das Modell Couchepin revitalisieren.

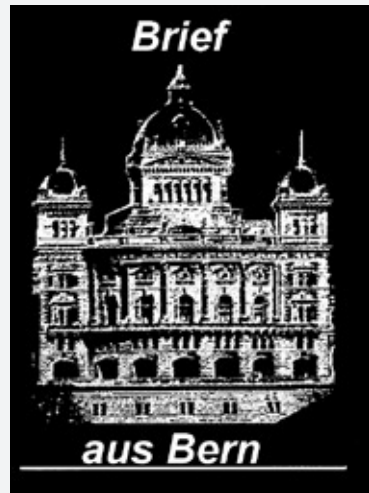


Fakt 7: Schnyder, Imoberdorf und Escher in der Zange

Die französische Electricité de France (EdF) kontrolliert die deutsche EnBW, welcher die Visper EnAlpin gehört, an die die Aluisse ihre Kraftwerke verkaufte. Damit in Sachen Wasserzinsen nichts mehr läuft, sitzen Alt-Staatsrat Wilhelm Schnyder (CSP) und der Visper Gemeindepräsident René Imoberdorf (CSP) im Verwaltungsrat der EnAlpin, während der schwarze Noch-Ständerat Rolf Escher (CVP) in wichtigen Gesellschaften der neuen Strombarone Honorare kassiert. Jetzt müssen die Herren Schnyder, Escher und Imoberdorf dafür sorgen, dass EnAlpin dem Werk Steg den Strom für 5.3 Rappen/kWh liefert. Oder aber von ihren Posten unter Protest zurücktreten.



Viola Amherd in Bern brav auf SVP-Kurs



Unsere Leute in Bundesbern: Wie und wofür politisieren sie eigentlich? Heute unter der Lupe: CVP-Nationalrätin Viola Amherd, die einen richtig schwarzen September hatte. Wer die nationale Politik nur ein bisschen verfolgt, weiss: In den letzten zwanzig Jahren konnten die Gebirgskantone in Bern ihre wichtigen Anliegen nur im Bündnis mit der SP und den Grünen durchsetzen.

Beispiele dafür gibt's zu Hauf: Schwerverkehrsabgabe, Wasserzinse, Neat, Landschaftsrappen, öffentlicher Verkehr, Service Public von Bahn, Post und Swisscom. Gescheite Walliser CVP-Vertreter in Bern wussten deshalb, dass man es mit der Linken nicht unnötig verderben sollte. Viola Amherd, seit dem Juni neu im Nationalrat und dort die letzte Vertreterin aus dem Oberwallis, hat diese Lektion leider nicht gelernt. Bei ihrem ersten parlamentarischen Ernsteinsatz – der heiss umstrittenen Revision des Asylgesetzes – verpasste sie kläglich die Kurve.

Mehrheitlich im Kanonenboot der SVP

Die Rechtsanwältin sass mehrheitlich im Kanonenboot der SVP und ihres Rechtsministers Christoph Blocher; votierte brav für die Verschärfung des Gesetzes, das nach Ansicht selbst bürgerlicher Fachleute das Völkerrecht, die Men-

schenrechte und die Bundesverfassung verletzt:

- In fünf von elf Namensabstimmungen stimmte Amherd gleich wie der SVP-Barde Oskar Freysinger.
- Nur gerade zwei Mal unterstützt sie das Mitte-Links-Lager.
- Einmal enthielt sie sich der Stimme und in den letzten drei Namensabstimmungen war sie nicht mehr im Ratsaal.

Sogar CVP-Leute schütteln den Kopf

Über Amherds SVP-Kurs schüttelten sogar CVP-Leute den Kopf. War am Ende CVP-Freundin Brigitte Hauser-Stüssi, die Flüchtlings-Sprecherin von Christoph Blocher, ihre Ratgeberin? Dabei protestierten selbst Bischöfe und Vertreter des katholischen Caritas gegen die restriktive Flüchtlingspolitik und das Ende der humanitären Tradition. Die Rückweisung papierloser Flücht-



linge und die Beugehaft gehört neu zu Blochers Repressionsinstrumentarium.

Durchwegs anders als Amherd stimmten die Unterwalliser Schwarzen Christoph Darbellay und Maurice Chrevier. Die beiden – keine Linken – haben die Berner Lektion Nummer eins offenbar begriffen: Trau, schau wem!

Norma Schwarzen

Gegen die Kostenexplosion bei den Krankenkassen Gesundheit fördern statt weiter jammern

Ein grosser Teil der Behandlungskosten wird durch so genannte Wohlstandsleiden verursacht. Diese Krankheiten sind oft vermeidbar. Das hier zur Diskussion gestellte «Gesundheits-Abonnement» bringt die ressourcenorientierte Perspektive zum Tragen: Gesunde sollen ihr Wohlbefinden fördern und dabei unterstützt werden, bevor sie krank werden.

ARBEITSGRUPPE GESUNDHEITSABO*

Wenn ich ein neues Auto kaufe, ist es von Anfang an klar, dass ich es regelmässig zum Service bringe, auch wenn alles tippopp funktioniert. Damit es den Autos möglichst lange möglichst gut geht, ist ein ganzes System aufgebaut: Garagen, Motorfahrzeugkontrolle und schöne Strassen.

Fast alle Neugeborenen kommen völlig gesund auf die Welt. Im Erwachsenenalter, wo wir am meisten leisten müssen, ist kein Service, keine Unterstützung, keine Gesundheitspflege vorgesehen. Mit 50 haben wir das Resultat: Herzinfarkt, Rückenschmerzen, Suchtkrankheit, Rheuma und Diabetes. Im Vergleich zu den Autos betreiben wir vorsätzliche Misswirtschaft mit Gesund-

heit und Leben. 50 Milliarden Schweizer Franken geben wir pro Jahr für Gesundheit aus. Etwas stimmt da nicht! Wohin geht dieses Geld? Unser «Gesundheitssystem» dreht sich um alles, was mit Krankheit zu tun hat. Pharma- und Medizinaltechnik-Industrie bereichern sich daran. Das System unterstützt und zementiert das noch: Die Grundversicherung der Krankenkassen bezahlt nur für Reparatur und nicht für das Fördern, Stärken und Erhalten der Gesundheit.

Investieren in Gesundheit!

Jetzt muss Gesundheit gefördert werden, bevor frau/man krank wird. Wir schlagen ein Gesundheitsabonnement

vor. Es funktioniert wie eine Prepaid-Karte. Anfangs Jahr zahle ich 1000 Franken ein. Dafür erhalte ich Gesundheitsangebote im gleichen Gegenwert. Zum Beispiel gratis Walking-Kurse, Zugang zu Entspannungswegen oder halber Preis auf gesunde Menüs. Als Erstes steht die jährliche Beratung mit Check-up an. Der Gesundheitszustand wird gemessen und persönliche Hinweise erteilt. Eine Klientin soll sich beispielsweise vermehrt entspannen. Für einen Anderen ist tägliche Bewegung wichtig. Nach einem Jahr findet wieder die Beratung mit Kontrolle statt. Ein(e) GesundheitsabonnentIn erhält für sein/ihr gesundheitsförderndes Verhalten eine Verbilligung auf das neue Gesundheitsabo und

auf die Prämie der Grundversicherung. Den Krankenkassen entstehen keine zusätzlichen Ausgaben. Die gesamte Gesellschaft hat einen ökonomischen Gewinn, da mittelfristig Krankheitshäufigkeiten abnehmen. Es ist höchste Zeit Anreize zu schaffen, damit für die Gesundheit mehr Eigenverantwortung übernommen wird. Hören wir auf über die Prämienhöhlungen der Krankenversicherungen zu jammern. Entwickeln wir das Gesundheitsabo weiter. Ideen und Mitarbeit sind erwünscht!

* Felix Küchler (Arzt),
Agnes Plaschy (Psychologin),
Elisbeth Arnold (Bäuerin),
Verena Grünert (Krankenschwester),
Peter van Eeuwijk (Ethnologe).
Kontakt: felix.kuechler@newTree.ch

Wussten Sie schon, dass...?

... der Bezirk Brig seit zwei Wochen einen Betreibungsbeamten hat, der erstinstanzlich zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde?



Seit zwei Wochen hat der Bezirk Brig einen Betreibungs- und Konkursbeamten, der erstinstanzlich wegen Urkundenfälschung und Widerhandlungen gegen die Sozialversicherungsgesetzgebung verurteilt wurde. Bezirksrichter Philipp Näpfl hat Rückgrat gezeigt und den Betreibungsbeamten Paul-Bernhard Bayard auf Vorarbeit des kantonalen Untersuchungsrichters Jean-Pierre Greter und des Staatsanwaltes Martin Arnold zu einem Monat Gefängnis und 3000 Franken Busse verurteilt. Fast vier Jahre sind vergangen seit ein Artikel der Roten Anneliese das Verfahren in Gang setzte, besser bekannt unter dem Namen «Conti Neri» (für Schwarze Konten der ehemaligen Gertschen Möbel AG). Der oberste Chef von Bayard, CVP-Staatsrat Jean-René Fournier, hat sich vier Jahre lang geweigert, seinen Parteikollegen zu suspendieren. Zu lange hatte Bayard der CVP als Funktionär, Politiker und Wirtschaftslobbyist gedient; zu parteigefärbt hatte Bayard sein Amt im Windschatten von Fourniers Vorgänger, Staatsrat Richard Gertschen, ergattert; zu windschlüpfig hatte Bayard mit Hilfe seines CVP-Anwaltes Otto Pfammatter alles bis zuletzt abgestritten. Jetzt aber sind seine Tage als Betreibungsbeamter gezählt, falls ihm nicht die C-Kantonsrichter in allerletzter Minute noch Rettungsseile zu werfen.

... die Zermatter Touristiker bei der Produktion von Werbeprospekten der Zeit weit voraus sind?



Die Zermatt Bergbahnen wollen für ihre Pisten insgesamt 46000 m² Bergwald roden, davon rund 23 000 m² für die Rückfahrtpiste Teifmatte-Dorf. Das Rodungsgesuch wurde Mitte September im Amtsblatt veröffentlicht. Dagegen hat die Stiftung für Landschaftsschutz (SL) Einsprache und der WWF provisorische Einsprache eingereicht. Die SL hält fest, dass die Standortgebundenheit nicht begründet sei und verlangt eine Auslegeordnung von möglichen Varianten. Es gehe nicht an, dass in den Skigebieten überall dort Rodungsbewilligungen erteilt würden, wo es «betrieblich nützlich scheint und wenig kostet». Dann würden laut SL die Schweizer Skigebiete ähnlich aussehen wie manche Orte in Italien und Frankreich. Die Rodungsbewilligung ist also noch in weiter Ferne. Vom Bundesamt für Wald und Landschaft (Buwal) ist ebenfalls eine kritische Haltung zu erwarten. Dadurch lässt sich allerdings Zermatt Tourismus überhaupt nicht beeindrucken. In grosszügigem Vorausblick, ja in fast prophetischer Manier, wurde in der neusten Werbebroschüre die geplante Rodung samt Rückfahrtpiste bereits eingezeichnet (siehe Plan links), wo heute noch ein Bergwald steht.

... der WWF mit seiner Warnung vor Albert Fournier, dem Chef der Dienststelle für Strassen- und Flussbau, recht behielt?



Als 1999 der damalige Gemeindepräsident von Nendaz, Albert Fournier, zum Chef der Dienststelle für Strassen- und Flussbau ernannt wurde, protestierte der WWF vehement, hier werde der Bock zum Gärtner gemacht. Fournier habe als Gemeindepräsident «illegale Arbeiten» toleriert und «sich über die Entscheide von Behörden hinweggesetzt». Die Warnungen des WWFs waren nicht ganz ohne, wenn man die zahlreichen Berichte des Finanzinspektorats (FI), des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) und der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rates über Fourniers Dienststelle liest. Laut GPK hat Fourniers Dienststelle die Empfehlungen des FI jahrelang «nicht umgesetzt», und damit «ein schlechtes Licht auf das Wallis und seine Verwaltung» geworfen. Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet versuchte in seiner altbekannten Manier, die Probleme in der Novembersession herunterzuspielen. Dabei wären Rücktritte überfällig.

Buchbesprechung

Rupien! Rupien!

Vikas Swarup, ein ehemaliger Diplomat der Türkei, der USA, Äthiopiens und Grossbritanniens hat seinen Roman in zwölf Kapitel unterteilt, parallel zu den Gewinnstufen der Quiz Show «Wer wird Millionär?»

Wer wird Millionär, die Quizshow ist die erfolgreichste aller Zeiten. Rund um den Globus läuft sie. Jeden Abend verfolgen Menschen die Show und jeden Abend denken alle an die Millionen.

Ram Mohommed Thomas, der Held dieses Romans, ist 18-jährig. Er sitzt eines abends in dieser Show und gewinnt eine Million! Ein junger Mann aus dem Slum Bombays, der nie studiert hat, keine Schulen besuchte und sein bisheriges Leben in Armut gelebt hat. Unvorstellbar! Auf Grund dieser Unvorstellbarkeit wird er auch verhaftet. Man will ihm einen Betrug unterschieben, doch Ram Mohammed Thomas erhält Unterstützung von Smita, einer Anwältin.

Der Held des Romans ist ein bemitleidenswerter Pechvogel, der von einem Elend ins nächste schlittert. Schlimmer kann es nicht werden, wer einmal drinsteht im Sumpf aus Elend und Armut, der gehört auch da hin, der kann einfach nicht rauskommen. Und immer, wenn der Leser denkt, jetzt schafft er es, folgt der nächste Schicksalsschlag.

Wie Swarups Held es doch noch schafft, sich genau so durch sein Leben wie durch den Quiz zu schlagen, ist in diesem Buch auf fesselnde Weise beschrieben, mit einer grossen Portion Humor, ohne den die beschriebenen Zustände wohl kaum zu ertragen wären.

Für alle, die Unterhaltung aus Indien jenseits der Bollywood-Filme erleben möchten, ist dieses Buch unbedingt empfehlenswert, aber auch für Leute, die eine Indienreise vor sich haben und für LiebhaberInnen der grenzkulturüberschreitenden Gesellschaftssatire.

Von Marie-Theres Kämpfen,
Buchhandlung Wegenerplatz



Vikas Swarup
Rupien! Rupien!
Kiepenheuer & Witsch
ISBN: 3-462-03603-3
Preis: Fr. 34.90

Dritte Rhonekorrektur:



Gampel-Niedergampel: Mögliche Aufweitung des Rottens

Kanton führte die Umweltverbände an der Nase herum Ziele und Forderungen gingen den Bach hinunter

WALLIS – Umfassende Partizipation wird im Rahmen der Dritten Rhonekorrektur gross geschrieben. Was die Projektgruppe der Dritten Rhonekorrektur unter Partizipation versteht, mussten die Umweltorganisationen schmerzhaft erfahren: Mit viel zeitlichem Aufwand brachten sie Ziele und Forderungen in die Diskussion ein. Eine Sandkastenübung, denn ihm Sachplan der Rhonekorrektur wurden wichtige Eingaben der Umweltorganisationen einfach vergessen oder bewusst weggelassen.

VON DANIEL HEUSSER*

Die Weichen für die Dritte Rhonekorrektur werden im kommenden Jahr gestellt. Wer seine Ideen und Forderungen in das grösste Hochwasserprojekt der Schweiz einfließen lassen will, muss dies heute tun. Dass dies nicht immer ganz reibungslos verläuft und auch viel Erstaunen auslöst, haben die Umweltverbände am eigenen Leibe erfahren. Im März 2004 wurden die Umweltverbände zusammen mit den kantonalen Dienststellen aufgefordert, ihre Ziele und Interessen gegenüber der Dritten Rhonekorrektur darzulegen. Was damals vielversprechend als umfassende Partizipation verkauft wurde, ist heute mit einigen Fragezeichen behaftet. Die erarbeiteten Ziele der Umweltverbände wurden im Pilotausschuss der Dritten Rhonekorrektur mehrmals validiert und gutgeheissen. Eine kluge Vorgehensweise, um die Interessen aller ins Projekt einzubringen.

* WWF-Mitarbeiter

Ökologische Ziele gingen verloren

Doch offenbar muss es bei der Dienststelle für Strassen- und Flussbau im Departement von Jean-Jaques Rey-Bellet ein Leck geben, durch welches viele der eingebrachten Ziele der Umweltverbände und Dienststellen buchstäblich den Bach hinunter schwammen. Im Sachplan der Dritten Rhonekorrektur, welcher im Juni 2005 vorgestellt wurde, fehlen viele der ökologischen Ziele gänzlich. So scheint es plötzlich nicht mehr wichtig zu sein, die Lebensraumvielfalt entlang der Rhone zu erhöhen und Auenwälder zu schützen und entstehen zu lassen. Auch fiel scheinbar die Forderung nach einer natürlichen Dynamik an der Rhone dem bürokratischen Radiergummi zum Opfer. Die Umweltorganisationen sind mit dieser Vorgehensweise nicht einverstanden. Sie reagierten prompt und listeten alle verschwundenen Ziele und Forderungen wieder auf und übergaben sie Tony Ar-

borino, dem Chef Projekt Dritte Rhonekorrektur. Die Dienststelle für Strassen- und Flussbau wies die Umweltverbände wiederholt an, nur über die lokalen Begleitgruppen und regionalen Kommissionen zum Projekt Stellung zu beziehen und Ideen einfließen zu lassen. Solche Gruppen und Kommissionen gibt es aber nur in den Abschnitten Brig-Salgesch und Sierre. Wie man sich für die Regionen Goms, Unter- und Zentralwallis oder die prioritären Massnahmen in Sion und Fully einbringen soll, bleibt in den Sternen.

Partizipation heisst Zusammenarbeit und nicht Kopfnicken

Die Umweltorganisationen setzen sich dafür ein, dass die angestrebte Partizipation nicht bloss zu einer Bejahung von Varianten verkommt, sondern zu einer echten Zusammenarbeit. Es ist wichtig, dass das Rhoneprojekt auf multidisziplinären Zielen, die partnerschaftlich festgelegt wurden, beruht.

zuwirken, fördert die Erfolgschancen massiv. Die vom Kanton vorgeschlagene, vollständige Integration der Beteiligten bereits ab der Konzeptphase des Projektes muss umgesetzt werden. Die Umweltverbände fordern die konsequente Einhaltung der bundes- und kantonalrechtlichen Vorschriften. Andernfalls werden sie dies auf dem Rechtsweg einfordern, damit Mensch und Natur nicht zu kurz kommen.

Dadurch wird eine umfassende Akzeptanz für einen modernen Hochwasserschutz und das Einbinden der Bevölkerung erreicht. An der Zielfindung, Planung und Umsetzung mit-

Wasserbau hat versagt Flüsse brauchen mehr Raum

Die langjährige Praxis im Wasserbau, die Gewässer in ein enges Korsett zu zwängen und das Wasser möglichst schnell abzuleiten, hat versagt. Damit sie ihrer natürlichen Schutzfunktion gerecht werden können, brauchen Flüsse mehr Raum. Die gesetzliche Basis dazu ist vorhanden, entsprechende Massnahmen werden aber von der Politik viel zu langsam und zu wenig konsequent umgesetzt.

Die Hochwasser in der Schweiz haben enorme Schäden verursacht. Der Mensch kann sie nicht ganz verhindern, aber durch gezielte Umweltschutzmassnahmen kann das Schadenmass verringert werden. Die jüngsten Hochwasserereignisse in der Schweiz verdeutlichen einmal mehr die Bedeutung von genügend Raum für Flüsse und Bäche. Breite Flussbette können mehr Hochwasser schlucken. Dies gilt auch für die Dritte Rhonekorrektur.

Nach dem Sturz von USA-Freund Lucio Gutierrez

Ecuador sucht seinen eigenen Weg

ECUADOR – Vor drei Jahren wurde Lucio Gutierrez dank der Allianz, welche seine Minderheitspartei mit sozialen Organisationen, Indigenen und linken Bewegungen einging, vom ecuadorianischen Volk zum Präsident gewählt. Im letzten April wurde der Hampelmann der USA vom Volk aus dem Amt vertrieben. Die neue Regierung geht seither auf Distanz zu den USA. Doch Gutierrez ist wieder ins Land zurückgekehrt: In US-amerikanischer Mission.

VON RICARDO TORRES*
UND MARTINA SCHILD
(Übersetzung)

Lucio Gutierrez wurde vor drei Jahren zum Präsidenten von Ecuador gewählt. In seinen charismatischen Reden pries er die ecuadorianische Unabhängigkeit und Freiheit. Doch auf seinen grossen Versprechungen folgten keine Taten. Im April 2005 platzte der ecuadorianischen Bevölkerung der Kragen. Dank der spontanen Teilnahme von Frauen und Männern

aus allen Gegenden Ecuadors wurde Gutierrez aus dem Präsidentenpalast vertrieben. Auf dem Platz vor dem Präsidentenpalast versammelten sich Menschen, welche genug hatten vom Machtmissbrauch und von den permanenten Verletzungen der Verfassung und der fundamentalen Menschenrechte.

Gutierrez bezeichnete sich selbst bei einem Besuch in Washington als einer der besten Verbündeten der USA. Kooperativ und ohne einen

Funken Widerstand übernimmt er während seiner Amtszeit die Pläne des Pentagons und lässt verlauten, sie stünden in seinem Interesse. So ist es nicht erstaunlich, dass Gutierrez nach seiner Flucht aus Ecuador in den USA mit offenen Armen empfangen wurde. Dieser Hampelmann, der sich gerne den Plänen der grössten globalen Militärmacht zur Verfügung stellte, ist nun nach Ecuador zurückgekehrt und versucht seinen Einfluss auf die Politik zurückzugewinnen.



Demonstration vom April 2005 in Quito: Präsident Lucio Gutierrez, der Verräter, wird vom Volk aus dem Amt gejagt.

Kein treuer Spiegel-fährte der USA mehr

Die neue ecuadorianische Regierung ist nicht mehr treuer Spiegelgefährte der USA. Sie will nicht länger teilnehmen an der Ausführung des «Plan Colombia», welcher von den USA finanziert und gefördert wird und Kolumbien vom Bürgerkrieg befreien soll. Um die kolumbianischen Coca-Plantagen zu zerstören, setzt die USA regelmässig das giftige Gemisch «Gilfosato», auch «Round Up» genannt, ein, sowohl innerhalb Kolumbiens wie auch an der ecuadorianisch-kolumbianischen Grenze. Die Schäden, welche diese Giftcocktails auch der ecuadorianischen Landwirtschaft zugefügt haben, sollen von den USA beglichen werden. Ebenso fordert die neue

Regierung eine angemessene Abfindung für die in territorialen Gewässern von der nordamerikanischen Marine zerstörten Fischerboote. Der Bruch mit der unterwürfigen Haltung der vorherigen Regierung gegenüber den Plänen der USA hat zur Konsequenz, dass das Pentagon erneut Verwendung findet für den gestürzten Diktator Gutierrez. Indem sie ihm wieder zum Erfolg verhelfen, soll der souveräne Kurs der internationalen Politik Ecuadors wieder zu Gunsten der Interessen der USA geändert werden, denn die USA versucht erneut über ihre Botschaft die Kontrolle sowohl über die interne wie externe Politik des Landes zu übernehmen.

* Allgemeinmediziner und Schriftsteller

Am 15. Iberoamerikanischen Gipfel

Scharfe Kritik gegen Interventionen der USA

Am 15. Iberoamerikanischen Gipfel, der vor kurzem stattfand, hat der venezolanische Aussenminister Ali Rodríguez die Interventionen der USA scharf abgelehnt. Die ecuadorianische Tageszeitung «El País» widmete ihm am 14. Oktober einen Artikel betitelt mit «Petrofinanziert ein neues Modell». Rodríguez begründet seine Haltung damit, dass die Interventionen auf Kosten der regionalen lateinamerikanischen Integration gehen. Ecuador befindet sich in diesen Tagen in einem Zustand der politischen Destabilisierung, welche direkt vom Pentagon ausgeheckt wird. Der 15. Iberoamerikanische Gipfel ist somit durch die unabhängige und souveräne Haltung der lateinamerikanischen Länder konsequenterweise zum Hoffnungssignal für Ecuador geworden. Am Gipfel verurteilten die Länder die Wirtschaftsblockade gegen Kuba und forderten

die Gründung der «Alternativa Bolivariana para las Américas» (ALBA), um dem nordamerikanischen Wirtschaftsabkommen «ALCA» die Stirn zu bieten. Um die eigene Wirtschaft anzukurbeln soll auch die Entwicklung von «Petroamerica», welches die einheimischen Ölressourcen unabhängig vermarkten will sowie «Electrocaribe», in dem die Energieversorgung unter lateinamerikanische Kontrolle gebracht werden soll, vorangetrieben werden. Auf der Kommunikationsebene soll das regionale Fernsehen «Telesur» Fuss fassen und die wirtschaftliche und kulturelle Integration Lateinamerikas gesichert werden. Dieser Entwicklung gegenüber steht die nordamerikanische Regierung, welche mit ihren Plänen ein Ziel verfolgt: die Bevölkerung der südlichen Hälfte des Kontinents mittels ihrer Verräter politisch, wirtschaftlich und sozial zu destabilisieren.

Louis Althusser

Die ideologischen Staatsapparate

Von den Lebensdaten her, geboren 1918 als Sohn eines Kolonialbeamten in Algerien, gestorben 1990 in Paris, ist Louis Althusser ein umstrittener, marxistischer Philosoph von Weltrang, an dem sich wie an keinem anderen die Geister schieden. Starke Resonanz fand Althusser ausser in Frankreich und Italien vor allem in Lateinamerika.

VON HILAR EGCEL



Louis Althusser unterrichtete von 1948 bis 1980 an der Ecole Normale Supérieure in Paris als Professor für Philosophie. Seine «strukturalistische Marx-Lektüre» verschaffte ihm in den sechziger und siebziger Jahren über Frankreich hinaus grosses Ansehen.

Die Leidenschaft, mit der Althusser Stellung bezog, erklärt sich sicher aus der unmittelbaren existenziellen Situation. Streng katholisch erzogen, in seiner Studienzeit in nationalistischen und monarchistischen Gruppen aktiv, erlebte Althusser die erste grosse Erschütterung seines Weltbilds in fünf Jahren deutscher Kriegsgefangenschaft. In dieser Zeit liegen die Ursprünge seiner depressiven Erkrankung, die in eine biographische Tragödie einmünden sollte. Nach Paris zurückgekehrt, engagierte er sich zunächst in linkskatholischen Zirkeln und wurde schliesslich unter dem Einfluss seiner späteren Frau Hélène Rytman, einer wegen Kritik am Hitler-Stalin-Pakt aus der Partei ausgeschlossenen jüdischen Kommunistin, Marxist; 1948 wurde er Philosophielehrer an der École Normale Supérieure und trat in die Kommunistische Partei ein, deren Mitglied er zeitlebens trotz aller Anfeindungen blieb. In die Schlagzeilen geriet er, als er Hélène 1980 in manisch-depressiver Umnachtung tötete. Vom Gericht als «non-lieu», ortlos, schuldunfähig, kein verantwortliches «Subjekt» im Sinne des französischen Strafrechts befunden und dadurch der Möglichkeit einer öffentlichen Erklärung in einem Prozess beraubt, schrieb er eine Autobiographie, deren posthumes Erscheinen viel Aufsehen erregte und ihn wiederum der Öffentlichkeit in Erinnerung rief.

Neues Staatsverständnis

Die grosse intellektuelle Leistung von Louis Althusser ist, dass er ein neues Staatsverständnis formuliert hat. Er unterscheidet zwei Bereiche: die repressiven Staatsapparate (RSA) und die ideologischen Staatsapparate (ISA). Was traditionellerweise unter Staat verstanden wird, bezeichnet Althusser als repressiven Staatsapparat, d.h. «die Regierung, die Verwaltung, die Armee, die Polizei, die Gerichte, die Gefängnisse usw.» Althusser weigert sich aber, den RSA, das zentrierte Staatssystem, mit dem «Staat» überhaupt zu identifizieren und degradiert ihn zu einem Teilbereich. In dieser reduzierten Form muss er nun sein Dasein neben einem ganz neuen Begriff, den «ideologischen Staatsapparaten», fristen. Dadurch werden ganz neue Bereiche des Staates erkennbar.

Der Staat ist nunmehr ein Ganzes, das nicht mehr auf das «einheitliche Prinzip» des RSA rückführbar ist; er umfasst auch eine Vielzahl von ideologischen Staatsapparaten.

Die ideologischen Staatsapparate

Die Ideologischen Staatsapparate unterteilen sich in der von Althusser 1969 erstellten empirischen Liste in:

- den religiösen ISA (das System der verschiedenen Kirchen)
- den schulischen ISA (das System der verschiedenen öffentlichen und privaten Bildungsinstitutionen)
- den familiären ISA
- den iuristischen ISA
- den politischen ISA (das System der verschiedenen Parteien und das Parlament)
- den gewerkschaftlichen ISA
- den ISA der Information (Presse, Radio, Fernsehen usw.)
- den kulturellen ISA (Literatur, Kunst)

In der Vielzahl der ISAs existiert nach Althusser ein dominanter ISA. So hat «in der historisch vorkapitalistischen Periode ein dominierender ideologischer Staatsapparat existiert, nämlich die Kirche.» Dieser dominierende ISA wurde von der aufsteigenden bürgerlichen Klasse bekämpft. Nachdem sie die Staatsmacht ergriffen hatte, wurde er im Laufe der Zeit durch einen «gewaltigen politischen und ideologischen Klassenkampf» durch einen neuen dominierenden ISA ersetzt, nämlich die Schule. Die Dominanz eines ISA ist demnach der Effekt eines Klassenkampfes. Der kirchliche ISA ist in diesem Prozess nicht vollständig verschwunden, sondern verkörpert weiterhin die religiöse Ideologie, die aber im Konzert der ISAs heutzutage nur noch eine untergeordnete, deshalb aber nicht unwichtige Rolle spielt.

Für Althusser sind Auseinandersetzungen in einer Gesellschaft immer ideologische Kämpfe. Da Ideologie «eine für das historische Leben der Gesellschaften wesentliche Struktur» ist, kann es keine «rein ökonomischen Kämpfe» geben. Das heisst für die Gesellschaftsstruktur, dass es in ihr keine «reinen» Sphären, wie etwa die Ökonomie, die Politik geben kann.

Freiwillige Unterwerfung

Althusser unternimmt eine Verschiebung vom Begriff der «Freiheit» hin zu dem der «Freiwilligkeit». Frei sein heisst demnach, zu seiner Unterwerfung sagen: Ich will. Frei sein heisst, «freiwillig auf seine Freiheit verzichten». Seine Unterwerfung zu bejahen, setzt jedoch die Möglichkeit voraus, sich für seine Unterwerfung entscheiden zu können. Das freie Subjekt ist somit ein Subjekt, das der Illusion erliegt, in seiner Freiwilligkeit seiner Unterwerfung voranzugehen, Subjekt seiner Unterwerfung zu sein.

Bei Althusser zielen die ISAs auf eine merkwürdige Form von Integration ab, die Althusser als «freiwillige Unterwerfung» bezeichnet. Er denkt damit eine «organische» Bindung, deren Freiwilligkeit jenes erstaunliche Merkmal aufweist, dass sich das Individuum gerade in und durch seine Freiwilligkeit unterwirft, das heisst an den Apparat angeschlossen wird. Man könnte es auch anders herum formulieren und sagen: Ziel der ISAs ist eine Unterwerfung, deren Besonderheit darin liegt, dass sie als Freiwilligkeit auftritt. Althusser's Konzeption der Integration ist somit nicht der Gegensatz, sondern eine spezifische Form von Unterwerfung; eine paradoxe Verbindung von innerlichem und äusserlichem Verhältnis. Damit stellt er aber nachdrücklich jedes mögliche «organische» Verhältnis in einen Machtzusammenhang, so dass die Freiwilligkeit bereits eine Wirkung der Macht ist.

Die Ideologie als materielle Existenz

Althusser räumt mit der These auf, es handle sich bei einer Ideologie um einen verzerrten Bewusstseinszustand, um falsches Bewusstsein. Gebrochen wird hier mit einer Vorstellung, die Ideologie als pure Illusion begreift, die Priester oder Despoten erfinden und benutzen, um das Volk zu täuschen. Althusser stülpt das Ideologie-Bewusstseins-Schema um. Die Ideen sind Resultat bestimmter Praktiken.



Althusser gab eine Buchreihe «Theorie» mit dem Signum der Gans heraus. Bekanntlich haben die Gänse durch ihre Wachsamkeit und ihr Alarmschlagen Rom vor dem Untergang gerettet.

Was gemeinhin Alltagsleben genannt wird, vielfältige Verrichtungen an verschiedenen Orten, das bunte Gewimmel von Handlungen und Situationen und deren alltägliche Deutung, ist nach Althusser strukturiert von verschiedenen ideologischen Apparaten und den von ihnen geforderten Ritualen und Praktiken. Wir durchlaufen jeden Tag eine Reihe ideologischer Staatsapparate und deren materiellen Praktiken.

Wir agieren in ihnen aus jeweils verschiedenen Subjektpositionen: als Mann oder Frau, SchülerIn, GewerkschafterIn, als politischer Mensch etc. Ideologie funktioniert demnach immer nur in Bezug auf ein Subjekt. In unserem Alltagsleben basteln wir aus den verschiedenen Positionen, die wir einnehmen und durchlaufen, die Einheitlichkeit unserer selbst, unsere Identität, in der wir uns wiedererkennen meinen.

Aber wie kommen wir eigentlich dazu, uns als Subjekte zu erfahren und anzuerkennen? Althusser's Antwort ist eine scheinbar einfache: «Die Ideologie ruft die Individuen als Subjekte an.»

Das Subjekt sagt JA und Amen

Althusser hat versucht, den «inneren» Mechanismus von Ideologie genauer zu bestimmen und die ungeheure Stabilität des Kapitalismus zu erklären. Dabei definiert er Ideologie nicht als ein «verkehrtes Weltbewusstsein», sondern vielmehr als die Art und Weise, in der sich die Menschen ihrer gesellschaftlichen Existenzbedingungen «bewusst» oder «unbewusst» sind. Ideologie ist also das «gelebte Verhältnis» der Individuen zu ihren realen Lebensbedingungen, das sich immer in bestimmten Praktiken, Ritualen usw. realisiert, die ihrerseits in den ideologischen Staatsapparaten (z.B. der Familie, Kirche, Schule, Informatik) funktionieren.

Dieses Verhältnis ist insofern imaginär, als die Regeln und Mechanismen den Individuen «unbewusst» bleiben. Obwohl Ideologien unterworfen, wähnen sie sich dennoch als autonom, als «bewusste» kurzum «ideologiefreie» Subjekte, die letzten Endes nicht durch objektive Prozesse, sondern durch sich selbst bestimmt werden.

Wie vollzieht sich nun aber der ideologische Prozess der Vereinnahmung? Althusser nennt vier Momente, die entscheidend sind:

- die Anrufung der »Individuen« als Subjekte
- ihre Unterwerfung unter das SUBJEKT
- die allgemeine Anerkennung.
- die absolute Gewissheit, dass alles in der Tat so ist und alles bestens gehen wird. Amen!

Gefangen in diesem vierfachen System »funktionieren« die Subjekte in den meisten Fällen «ganz von alleine». Eine grosse Anzahl von (guten) Subjekten funktioniert und fügt sich in die von den Ritualen der ideologischen Staatsapparate beherrschten Praktiken ein. Sie anerkennen «das Bestehende», dass es »in der Tat so ist und nicht anders«, dass man seinem Gewissen, dem Pfarrer, der Regierung, dem Chef gehorchen muss.

Gibt es keinen Ausweg aus dieser ideologischen Falle und Sackgasse? Doch - nämlich dann, wenn wir aufhören, das Gebet mit dem Amen (so sei es!) sinnlos zu wiederholen und zu repetieren, und stattdessen fähig werden, die Partitur der Kritik, des Widerstandes, der Weigerung, des Bruchs im Konzert der kapitalistischen Produktionsweise im Hinblick auf eine sozialistische Gesellschaft einzuspielen.

Hilar Egcel

Wohin frau/man geht

**KELLER
THEATER
BRIG**



Samstag, 26. November, 20.30 Uhr

Don Mescall
Irish Singer/Songwriter

Donnerstag, 1. Dezember 2005, 20.30 Uhr

Jazz am ... Donnerstag
mit Hans-Peter Pfammatter's Scope

Freitag, 2. Dezember 2005

Samstag, 3. Dezember, 20.30 Uhr
Patent Ochsner Konzert

Freitag, 6. Januar 2006, 20.30 Uhr

Jazz am... Freitag
Quartet d'Antoine

Samstag, 14. Januar 2006, 20.30 Uhr

Pablo Neruda
Mit Peter Kner und Christian Hostettler

Samstag, 04. Februar 2006, 20.30 Uhr

Jazz am... Samstag
mit Eliane Amherd

Infos unter: www.kellertheater.ch



WWF for a living planet

Freitag 9. Dezember 2005

Vortrag mit anschliessendem Podium
zum Thema

**«Oberwalliser Skigebiete – Traumprojekte
und neuer Ausbauehung»**

Im Grünwaldsaal Brig

19.00 Uhr: **Inputvortrag von Dominik Siegrist**,
Präsident CIPRA International und Dozent an
der Forschungsstelle für Freizeit, Tourismus
und Landschaft an der Hochschule für Technik
in Rapperswil

**Anschliessend Podiumsdiskussion zur Ober-
walliser Skigebietsproblematik mit**

- ◆ Dr. phil. Biologe Raimund Rodewald, Ge-
schäftsleiter Stiftung Landschaftsschutz
Schweiz, Bern
- ◆ Christen Baumann, CEO Zermatt Berg-
bahnen AG, Zermatt
- ◆ Dr. phil. Geograph Dominik Siegrist, Prä-
sident CIPRA International und Dozent an
der Forschungsstelle für Freizeit, Tourismus
und Landschaft an der Hochschule für
Technik in Rapperswil
- ◆ Urs Wohlwend, Bundesamt für Verkehr,
Bern
- ◆ Klaus Zurschmitten Finanzplanungsexper-
te, Präsident VIKUNA Treuhand & Finanz-
planung AG, Brig

Im Anschluss an das Podiumsgespräch wird
ein Apéro aus einheimischen Landwirtschafts-
produkten serviert. Eintritt frei.

Freundlich ladet ein: WWF Oberwallis

Kino Astoria: Der Besondere Film

Alle Filme in Originalsprache mit deutschem Untertitel.

Montag, 28. November, 20.30 Uhr
my summer of love

Welten trennen die beiden Frauen. Die gut
erzogene und aus gutem Hause stammende
Tasmin und Mona die Schwester eines brutalen
Schlägers, deren Mutter bereits verstorben ist
und die immer an chronischen Geldmangel
leidet. Doch in diesem Sommer wird einiges
anders und im idyllischen und ländlichen York-
shire finden die beiden Frauen zueinander und
lernen sich lieben, bis eines Tages grausam die
Stunde der Wahrheit zuschlägt.
Regie: Paul Pavlikovsky

Montag, 5. Dezember, 20.30 Uhr
Ricordare Anna

Jahrelang hat Viktor mit seiner Tochter ge-
hadert. Noch nach ihrem Tod war er über-
zeugt, dass ihr Lebenswandel und Salvo, der
Schwiegersohn, der Grund für ihre Krankheit
waren. Nun muss er die Wahrheit wissen. In
Sizilien folgt er ihren Spuren und lernt ihre
Lebensgeschichte neu kennen. «Ricordare
Anna» beruht auf einer wahren Begebenheit
und zeigt in Rückblenden die politisch bewegte
Zeit im Zürich der 1980er Jahre, den Konflikt
der Generationen, die Folgen der damals noch
unbekannten Krankheit AIDS. Vor diesem
Hintergrund werden zwei Liebesgeschichten
verknüpft: die Liebe eines Vaters zu seiner
Tochter und die Liebe einer jungen Frau aus
dem Norden zu einem Mann aus dem Süden.
Regie: Walter Deuber

Donnerstag, 24. bis Sonntag, 27. November, bis 21.30 Uhr

Bar/Buch/Bild

Am Adventsmärt in Naters, Platz 4

- **Vinothek am Platz, Weine Gilles + Joël Cina, Salgesch**
Diverse Weine/Glühweine/Raclette + Spaghetti
- **Buchhandlung Wegenerplatz, Bücher/Kalender/Karten**
- **Werkstatt ch.h.grafik, Druckgrafik/Bilder**

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!



Dicke Eier



Marcel Mangisch jammert über das Falsche

Jahrelang wurde die Schwä-
che des Grossen Rates be-
dauert, welcher dem Staatsrat
und der Verwaltung nur mit
Kopfnicken assistierte. Damit
war vor allem das Kopfnicken
der schwarzen und der gelben
VertreterInnen gemeint, wel-
che sich durch einen reichen
Gabentisch von der Regie-
rung immer wieder einseifen
liessen. Und jetzt kommt der
amtierende Grossratspräsident
Marcel Mangisch und jam-
mert über die Verhärtung der
Fronten zwischen der Regie-
rung und dem Parlament. Wenn
es nur so wäre! Denn es ist
die Aufgabe des Parlamentes,
die Regierungs- und Verwal-
tungstätigkeit mit Argusaugen
zu verfolgen. Die zahlreichen
Skandale der letzten Jahre ha-
ben eindrücklich gezeigt, dass
dies wegen der Verfilzung der
Macht mit den C-Parteien nicht
der Fall war. Das Kernproblem
der gegenwärtigen Verhärtung
der Fronten ist nicht die staats-
politisch notwendige Kritik an
der Regierung, sondern die
Orientierungslosigkeit der
C-Parteien, welche wild um
sich schlagen, zuerst Spar-

übungen fördern und dann ih-
re Begehrlichkeiten ungekürzt
einreichen.

Rolf Eschers «Wirtschaftskrieg»

Für einmal lohnte sich der
Blick in den Visper Anzeiger
(VAZ) ganz besonders. Dort
stand anfangs Oktober im
Parteienforum unter der CSP
Visp, dass die Basler Versi-
cherungsgesellschaft von Brig
nach Visp umgezogen sei.
Durch diesen Umzug habe
die Basler Versicherung nicht
nur die Policen der Stadtge-
meinde Brig-Glis verloren,
sondern auch diejenigen beim
regionalen Elektrizitätswerk
Brig-Naters (EWN), «das
unter dem Präsidium von
Ständerat Rolf Escher steht.»
Doch dem nicht genug! Auch
die MGB habe ihr neues Ver-
waltungsgebäude im künf-
tigen «Durchgangsbahnhof
Brig» errichtet. Auch hier
sieht die CSP Visp «Seil-
schaften am Werk», in denen
«die politischen und beruf-
lichen Weggefährten aus Visp
keinen Platz fanden.» Sicher
ist, dass Rolf Escher VR-Viz-
präsident der MGB ist und
sogar VR-Präsident der Mat-
terhorn Gotthard Infrastruktur

AG. Noch vor vier Jahren hat
Escher Visp und Brig aufge-
rufen, von der Erbsenzählerei
Abstand zu nehmen.

Schulpräsident Leander Williner: Lernen ist Bewegung

An der OS Brig-Glis ist die
Stimmung schlecht. Das ist
nicht erst seit dem Sommer
so, als der Konflikt erneut
offen ausbrach. Die RA hat
bereits vor zwei Jahren das
Thema ausführlich dargestellt
und das Hauptproblem ge-
nannt: Schulpräsident Lean-
der Williner. Statt dass dieser
zurückgetreten wäre, wurden
externe Mediatoren einge-
setzt, am Organigramm der
Führung herumgebastelt und
neue Funktionen geschaffen.
Die RA sagt es noch ein-
mal: Das nützt alles nichts,
wenn in der obersten Führung
der Wurm drin ist. Wenn der
Schulpräsident Williner die
unzufriedene Lehrerschaft
mit dem Satz vor den Kopf
stösst, wer nicht spure, solle
gefälligst gehen, dann ist er
selbst eine Fehlbesetzung und
muss selber gehen. Auf der
OS-Homepage hat er den not-
wendigen Grundsatz genannt:
«Lernen ist Bewegung».

Zi-TäterIn

«Für mich stellen sich jedoch noch ein paar an-
dere quälende Fragen. Was bedeutet das V im
Schriftzug CVP? Steht das etwa in Verbindung
mit Vögeln?»

Anderas Wyden, WB-Kolumnist

**Rote Anneliese: Ja, denn schon in der Bibel
steht: Seid fruchtbar und vermehrt euch!**

«So stellte ich mich zum Beispiel im Emp-
fangszentrum Kreuzlingen – mit einem grossen
Schlapphut – bis zur ersten Kontrolle unerkannt in
die Reihe der anstehenden Asylbewerber.»
Bundesrat Christoph Blocher in einem Interview
mit dem SonntagsBlick

**Rote Anneliese: Wieso wurde der Schein-
flüchtling Blocher nicht in das Heimatland der
Schlapphüte zurückgeschickt?**

«Wenn Sie alles besser wissen, wieso werden Sie
nicht selbst Kantonsrichter?»

Kantonsrichter Erwin Leiggenger gegenüber

RA-Redaktor Kurt Marti

**Rote Anneliese: Womit erwiesen ist, was das
Hauptkriterium für einen C-Posten im Kantons-
gericht ist: Die Besserwisserei!**

«Nach unseren Erkenntnissen besteht keine rechte
Szene im Wallis. Man sollte nicht den Teufel an
die Wand malen.»

Staatsrat Jean-René Fournier zum Neonazi-Kon-
zert in Gamsen

**Rote Anneliese: Im Staatschutzbericht des
Bundesamtes für Polizei steht das Gegenteil:
«Schwerpunkte der rechtsextremen Szene liegen
vor allem in der deutschsprachigen Schweiz
(Zürich, Bern, Luzern, Solothurn, Aargau, Basel-
Landschaft), aber auch in den französischspra-
chigen Kantonen Waadt, Wallis und Genf.»**

«Zu hinterfragen wäre zum Beispiel, ob die Tren-
nung zwischen Politik und Wirtschaft wirklich
noch sinnvoll ist. Sogar die ketzerische Frage
muss erlaubt sein, ob es Parteien überhaupt noch
braucht?»

Martin Zenhäusern, WB-Kolumnist

**Rote Anneliese: Der Anarchist Bakunin hätte
es anders gesagt: Tot dem Staat! Aber sein Ziel
war Freiheit für alle!**



gentechfrei

geniessen.

Mit dem neoliberalen Wahn muss auch Thomas Gsponer ins Gras beißen

Heuchlerische Kritik des Walliser Boten

WALLIS – Bekanntlich haben es Glacefabrikanten am Nordpol nicht leicht. Doch immer wieder gibt es kühne Pioniere des freien Marktes, die es wissen wollen. Thomas Gsponer, der Direktor der Walliser Handelskammer, zum Beispiel, hat es mit einer neoliberalen Politik im Wallis versucht und ist gescheitert. Jahrelang vom Walliser Boten gehätschelt, lässt ihn das CVP-Blatt jetzt brutal fallen.

VON KURT MARTI

Jahrelang hat sich Thomas Gsponer mit den Wirtschaftslobbyisten gegen alles gewehrt, was einen sozialen oder ökologischen Anstrich hatte. Seine Linie war deckungsgleich mit dem Wirtschaftsverband «economiesuisse», welcher die Bergregionen hauptsächlich als finanzielle Last betrachtet. Der einzige Verbindungspunkt mit den Christlichsozialen war die Subventionsjägerei, wie die RA mehrfach kritisierte. Im Walliser Bote stieg Gsponer neben Peter Furger zum Säulenheiligen und Einflüsterer Nummer 2 auf. Doch

jetzt ist sein Stern endgültig am Sinken. Mit Ach und Krach brachte er und seine Getreuen die Unterschriften zur Steuersenkungsinitiative zusammen. Dann fuhr die CSPO der Handelskammer an den Karren, weil sie die Streichung der Beiträge für die Nebenerwerbslandwirte forderte und schliesslich kam es zur Kritik des Walliser Boten gegen Gsponers Wachstumskatalog 2005.

Klassenkämpferische Töne des WB

In einem Interview musste sich Gsponer mit den beinahe klassenkämpferischen Fra-

gen des WB-Redaktors herumschlagen. Zum Beispiel mit der These, dass Steuersenkungen nur die Reichen immer reicher mache oder mit der Behauptung, Gsponers Papier lese sich wie ein lupenreiner Katalog des Kapitals. Solche Sprüche ist man sich vom WB nicht gewohnt. Gsponers Seilschaften bröckeln offensichtlich. Er wurde zum politischen Abschied freigegeben. Geradezu heuchlerisch ist es, wenn der WB den CVP-Staatsrat Jean-Michel Cina als ernsthaften Kritiker des Wachstumskatalogs präsentiert. Denn während seiner Amtszeit als Nationalrat in Bern hat Cina eine nicht minder neoliberale Politik betrieben und durch milliardenschwere Entlastungsprogramme dem



Die neoliberalen Brüder Gsponer und Cina: Einer beisst ins Gras, der andere nicht.

Wallis und dem gesamten Berggebiet grossen finanziellen Schaden zugefügt.

Walliser Bote hat Cina jahrelang geschont

Diese neoliberale Politik wurde vom WB jahrelang hartnäckig verschwiegen. Auch die wenig überzeugende Rolle des CVP-Ständerates Rolf Escher war nie eine Zeile wert. Des Rätsels Lösung hat einen Namen, nämlich die Oberwalliser Presseverein AG. In diesem obersten WB-Zensur-Gremium und

dem angegliederten ominösen Presserat haben sich seit jeher die CVP-Leute eingenistet und beobachten das Treiben des WB mit Argusaugen. Präsident des Pressevereins ist Rolf Escher und der Präsident des Presserates heisst Niklaus Stoffel, seines Zeichens Alt-Kantonsrichter. Dass sich der WB, nach anfänglicher Euphorie, nun auch über die IG NEAT lustig macht, welche von Thomas Gsponer seinerzeit als Nationalrats-Wahlkampfvehikel gezeugt wurde, zeigt eines klar: Gsponers politischer Niedergang ist längst eingeläutet.

Der heitere Schluss



Walliser in Moskau: Helle Begeisterung bei den Russen!

**ROTE
ANNELIESE**

AZB 3900 Brig • Nr. 190 / November 2005

Bitte Adressänderungen melden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis